

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringer-ohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag, den 28. Januar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Bezüglich des am 29. Januar, vormittags 8 Uhr, in Berlin, im Gewerkschaftshause, Engellufer 15, beginnenden Kongresses der Tabakarbeiter Deutschlands, können wir nur noch auf das, in den letzten beiden Nummern des Tabak-Arbeiter Gesagten hinweisen und können außerdem noch darauf aufmerksam machen, daß diejenigen Delegierten, welche durch Zirkular auf Fabriken oder Listen von Haus zu Haus gewählt worden sind, dieses Zirkular oder Liste nach Berlin als Legitimation mitzubringen haben, auf Grund dieses eine Delegiertenkarte dann ausgestellt werden kann.

Wir verweisen gleichzeitig auf die in letzter Nummer erschienene Mitteilung der Lokal-Kommission, mit der Erläuterung, daß unter der Zeit von Sonnabend nachts 1 Uhr bis Sonntag 12 Uhr, die Zeit von 1 Uhr Sonntag früh bis Sonntag 12 Uhr zu verstehen ist. Zu den genannten Bahnhöfen wäre noch der Lehrter Bahnhof hinzuzufügen, trotzdem die von dort kommenden Kollegen es sehr leicht haben, mittels Stadtbahn für 10 Pfg. vom Lehrter Bahnhof bis zum Schlesischen Bahnhof zu fahren.

Für diejenigen Kollegen, die nicht ausdrücklich Logis bestellt haben, ist auch folglich keins bestellt worden. Sollte dies vergessen worden sein, so kann der Delegierte sofort, auf schleunigstem Wege, dies vielleicht noch nachholen, doch muß dies so bald als möglich geschehen, andernfalls die Kollegen für das Vergessen uns nicht haftbar machen können und sich dann selbst Logis besorgen müssen.

Zum Schluß noch die Mitteilung für Berlin, daß am 29. Januar, abends 8 Uhr, die Kassenstunden in den bekannten Lokalen ausfallen.

Die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

S. A.: Karl Butry, Berlin N. 31, Straßunder Straße 41.

Das Steuerwrrsal.

Der Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel kündigte sich kurz nach seinem Amtsantritt als Finanzreformer dem Reichstag an; die schon von seinen Vorgängern erstrebt und vom ehemaligen preussischen Finanzminister Dr. Miquel zuerst geplante Reichsfinanzreform hat Herr v. Stengel als seine Hauptaufgabe betrachtet und seit seiner Amtierung an ihrer Lösung heringedankt.

Aber es blieb immer unerkennbar, wie er sich diese Lösung vorstelle, bis er endlich der jetzigen Reichstags-session die Produkte seiner Finanzkunst unterbreitete. Sofort mußte jeder Finanzkundige erkennen, daß es Herrn v. Stengel nie gelingen wird, eine Reichsfinanzreform im wahren Sinne des Wortes durchzuführen. Gebunden an die Absichten der Vertreter der bestehenden Klassen, die die Mehrheit im Reichstag bilden, wandelt er in den alten Gleisen des Systems der Massenbelastung, die natürlich die volkswirtschaftlichen Grundlagen und somit auch die Steuerkraft des Reiches untergräbt. Seine Finanzreform ist nur die Ausklügelung einiger neuer und die Erhöhung bereits bestehender Steuern, um durch die Mehreinnahme das Defizit des Reichsetats zu decken. Das ist nur die Karikatur einer Finanzreform.

Der Niederschlag dieser Finanzkunst liegt dem Reichstag in den bekannten Steuergegentwürfen vor, die in voriger Woche die erste Lesung passierten. Bei der Beratung zeigte sich, auf wie unsicheren Füßen die Stengelschen Projekte stehen.

Die Erbschaftsteuer wurde zwar ausschließlich von den Zunftparteien der Konservativen bekämpft, obgleich die betreffende Vorlage nur ein schwächlicher Anlauf ist, die bestehenden Klassen mehr zur Deckung der Reichsausgaben heranzuziehen. Dagegen ist diese Agrariervertreter-schaft bereit, alle indirekten Verbrauchs- und Verbrauchssteuern zu bewilligen, die von der Regierung verlangt werden. Die rückständigste Partei ist demnach konsequent auch für das rückständigste Steuersystem.

Umgekehrt ist die für den Fortschritt auf allen Gebieten und speziell für die Interessen der Arbeiter eintretende sozialdemokratische Partei für die Beseitigung des indirekten Steuersystems, weil es die Nichtbesitzenden, die arbeitenden Klassen am schwersten belastet und so die Wurzeln der Lebenskraft unserer Volkswirtschaft zerstört. Was die Arbeitskraft des Volkes anfrischt, schwächt und in ihrer Entwicklung hindert, muß sich am ganzen Volkshörper rächen. Nicht nur, daß die arbeitenden Klassen unsäglich darunter leiden, sondern ihre Not, ihre geschwächte Kaufkraft hemmt die ganze Entwicklung der Warenproduktion, die einen um so blühenderen,

schöpfungsreicheren Aufschwung nimmt, je mehr sie für die Bedürfnisse des Volkes zu schaffen hat. Und noch immer hat jeder industrielle Aufschwung das Kapital riesig vermehrt, freilich nur in der Hand der bestehenden Minderheit. Indessen, je mehr dieser Minderheit Gewinn aus der Gesamtproduktion zufließt, um so leichter kann sie auch höhere Lasten für die Zwecke des Staates tragen, dessen Institutionen die gewinnbringenden Praktiken dieser Minderheit schützt.

Das scheinen die herrschenden Klassen niemals einzusehen, so oft es ihnen auch vorgepredigt worden ist, sonst verharren sie nicht auf dem sie selbst mit beschränkenden Standpunkt des einseitigen, indirekten Steuersystems, das der industriellen Entwicklung hinderlich ist. Nur der wachsende Unwille der werktätigen unteren Klassen hält sie davon ab, allen auf dieses Ausbeutungssystem zugeschnittenen Steuergegentwürfen der Regierung zuzustimmen.

Wenn darum gegenwärtig eine Mehrheit des Reichstags gegen die Bier- und Tabaksteuererhöhung, sowie gegen die Quittungs- usw. Steuern opponiert, so ist dieser Opposition bürgerlicher Parteien kein prinzipieller Wert beizumessen. Nachdem vor zwei Jahren erst der lastenreiche Zolltarif den arbeitenden Klassen aufoktroiert worden ist, halten sie es nicht für opportun, jetzt schon wieder neue schwere Lasten hinzuzufügen. Wenigstens hat ihre Opposition in der ersten Lesung der Steuergegentwürfe keinen andern Grund. Ob diese Opposition überhaupt bis zum guten Ende anhält, ist eine andere Frage und hängt von dem Widerstande der Massen ab, die durch die neuen Vorlagen getroffen werden.

Der zweifelhafte Charakter der bürgerlichen Parteien, ihre Sucht, die Hauptlasten auf die breiten Volksmassen abzuwälzen und ihr Lavieren vor der Volksstimmung läßt es nie zu einer Klarheit kommen, die für eine gründliche Reformierung der Reichsfinanzen nötig ist. Und so müssen die Finanzverwalter des Staates resp. des Reiches immer nach neuen Mitteln suchen, wie sie unter dem alten System die Steuererhebung weiterführen können. Diesen Umständen ist auch das Steuerwrrsal entsprungen, das Freiherr v. Stengel zu dem angelegten Zwecke einer Reichsfinanzreform im Reichstag angedichtet hat. Wahrscheinlich meinte er, je toller der Zergarten einer ganzen Anzahl neuer Steuern ist, um so leichter verirrt sich der Reichstag darin und werde froh sein, wenn er sich der Stengelschen Führung anvertrauen könne.

Der Präsident des Reichstages half tapfer mit an der Irreführung des Reichstages, er ließ die Beratung über alle Vorlagen durcheinander wirbeln, weil die Regierung davon eine weniger sachmännische und eingehende Beratung, vielmehr eine allgemeine, bedeutungslose Rederei erhoffte.

Dieses schöne parlamentarische Komplott hat die Sozialdemokratie zerstört, sie ließ den bürgerlichen Parteien das Vergnügen eines oppositionellen Zerganges in dem Steuerwrrsal, während sie jeden ihrer Redner beauftragte, je eines der duftenden Klümpchen aus dem Steuerbukett zu entnehmen und zu zerpfücken. Das war dem Reichschatzsekretär sehr unangenehm, denn dadurch wurden seine Vorlagen erst gründlich in all ihren volkswirtschaftlichen Zügen und in ihrer technischen Unausführbarkeit bloßgestellt. Durch diese parlamentarisch richtige und sachmännische Behandlung der Gezentwürfe wurde aber auch erwiesen, daß die Sozialdemokratie den Parlamentarismus vor einer Verzerrung behütet hat und allein die Situation in dem Steuerwrrsal beherrschte.

Für ihre außerparlamentarische Propaganda ist dies sehr wertvoll, denn sie gibt ihrer Agitation mit dieser Klarstellung eine überlegene Kraft, vor der die irreführenden Gegner die Segel streichen müssen. Mit anderen Worten: Da es unsrer Fraktion gelang, durch ihre Taktik die Absichten der Regierung und ihrer Helfershelfer zu durchkreuzen, so haben die ersteren ihr die Gelegenheit gegeben, auch in diesem Falle Wasser auf ihre Mühlen zu leiten.

Wie nun die Kommission, die den Steuernäuel entwirren soll, ihre Aufgabe lösen wird, bleibt abzuwarten. Hoffentlich gelingt es, die neue Belastung von den arbeitenden Klassen abzuwenden.

Die „nur indirekt beteiligten Kreise“ bei der Tabaksteuer.

r. Die Staatsmänner von heute scheinen zu fürchten, daß der bekannte Satz von Ogenitzerna, „du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird“, als Unwahrheit angesehen wird; sie geben sich daher die größte Mühe, bei jeder passenden Gelegenheit nachzuweisen, daß es heute noch so ist, wie vor dreihundert Jahren. Eine Prachtleistung auf diesem Gebiete lieferte Herr v. Stengel am 6. Dezember, als er die Tabak- und Biersteuer im Reichstage verteidigte. Er führte aus:

„Meine Herren, der Widerstand gegen die geplante höhere Belastung von Tabak und Bier geht weniger von den Konsumenten aus, die doch im allgemeinen bei der Verbrauchsabgabe die eigentlichen Steuerträger sind, als von den nur indirekt beteiligten Kreisen der Industrie und des Handels, die von den beabsichtigten Maßnahmen nachteilige Rückwirkungen auf ihre Interessen besorgen. Die Opposition von dieser Seite ist stellenweise eine so heftige, daß man versucht sein konnte, zu glauben, die Hauptbestimmung des Menschen auf Erden sei möglichst viel zu rauchen und Bier zu trinken.“ Der Herr weist dann nach, daß der Tabakkonsum zwar langsam aber konstant in den letzten 50 Jahren gestiegen ist. Wie die indirekt beteiligten Kreise direkt betroffen werden, wollen wir durch einige Ziffern nachweisen, Zahlen, die einem Staatssekretär auch bekannt sein dürften.

Tabak ist, wie Herr v. Stengel sagte, ein entbehrliches Genußmittel, d. h. für den Konsumenten. Für den Tabakarbeiter ist er das, was für den Staatssekretär die Staatskunst ist, nämlich ein Objekt, durch dessen Bearbeitung er sich seinen Lebensunterhalt gewinnt. Je entbehrlicher das Genußmittel für den Konsumenten ist, um so gefährlicher sind die Steuerexperimente für den Arbeiter. Jedes Zurückdrängen des Verbrauchs schädigt zwar nicht den Konsumenten an seiner Gesundheit, aber es raubt Arbeitern die Existenz.

Gerade bei entbehrlichen Genußmitteln richtet sich der Verbrauch weniger nach den Neigungen als nach den Mitteln der Verbraucher. Bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung hängt die Befriedigung des Rauchbedürfnisses davon ab, wie viel Geld für Tabak und Zigarren ausgegeben werden kann. Erhält ein Raucher, der in der Woche 30 Pfg. für Zigarren ausgeben kann, sechs Zigarren für sein Geld, dann raucht er sechs, erhält er aber nur fünf, dann muß er mit diesen sein Bedürfnis befriedigen. Diese Verchiebung ist für den Staatsmann kein Unglück, wenn er nur das Geld für die sechste Zigarre in die Staatskasse bekommt und dadurch reiche Leute vor größerer Belastung schützen kann. Aber anders wirkt es bei den Arbeitern. Geht der Konsum von sechs auf fünf Zigarren zurück, dann wird auch immer von sechs Arbeitern einer arbeitslos oder bei rund 180 000 Tabakarbeitern in Deutschland 30 000 Arbeiter.

Wie Preiserhöhungen wirken, wollen wir zunächst an einem auch nicht von Herrn v. Stengel zu bestreitenden und ihm bekanntem Beispiele nachweisen. 1869 wurden in den Verkaufsstellen der französischen Tabakregie 32 600 000 Kilo Tabakfabrikate verkauft, hiervon entfielen auf Elfaß-Lothringen 1 800 000 Kilo, es blieben also für das übrige Frankreich 30 800 000 Kilo. Welche Steigerungen 1870/71 brachten, läßt sich nicht feststellen, da die Kriegsjahre auch manche Verwüstung brachten. 1872 wollte man, gerade wie Herr v. Stengel jetzt, eine höhere Summe aus dem Tabak heraus schlagen und erhöhte daher den Verkaufspreis für 1 Kilo Tabakfabrikate von 9 Frank auf 11.50 Frank. Nun kam aber statt erwarteten Mehreinnahmen von 77 Millionen, nur eine solche von 52 Millionen, denn der Verbrauch sank von 30,8 Millionen Kilo auf 27 Millionen Kilo. Auch das Jahr 1873 brachte nur einen Verkauf von 28,3 Millionen Kilo, so daß der Reinerlös eine Höhe erreichte, die er annähernd auch ohne Preiserhöhung erreicht haben würde.

Die deutschen Staatsmänner berufen sich immer auf Deutschland, wo die Zollerhöhungen von 1879 nicht solche Rückgänge im Konsum gebracht haben. Hier war Ende der achtziger Jahre die 1879 gebrachte Störung überwunden. Wie diese sonderbare Erscheinung sich erklären läßt, kümmert den Staatsmann wenig. Aber die Arbeiter wissen es und die Staatsmänner könnten und sollten es wissen, daß die Zollerhöhungen von 1879 keine Verteuerung der Zigarren brachten, sondern was die Reichsstaatskasse mehr einnahm, einfach den Arbeitern vom Lohne abgezogen ist.

Da die Löhne nicht so hoch waren, daß die Arbeiter auch noch an ihren früheren Arbeitsplätzen hätten leben können, so mußte sich eine völlige Revolution vollziehen. Vor 1879 waren Hamburg und Bremen die Zentren der Zigarrenfabrikation. Nach einer Zusammenstellung aus den Büchern der 15 größten Fabrikanten Hamburgs zahlten diese 1878 für ein Tausend Zigarren 16 Mk. bis 36 Mk., im Durchschnitt 18.17 Mk. Durch die Zollerhöhung trat hier eine große Arbeitslosigkeit ein und sind Tausende Zigarrenarbeiter nach Amerika gegangen, so daß vorläufig eine erhebliche Verminderung der Arbeiter eintrat. Während 1878 in Deutschland 119 000 Tabakarbeiter gezählt waren, ermittelte man 1882 nur noch 110 000, und doch waren in den Jahren 1879 bis 1882 in den Gegenden, wohin die Hamburger und Bremer Fabrikanten mit der Fabrikation gezogen waren, Zehntausende neue Arbeiter angelehrt. 1892 zahlten dieselben Fabrikanten für dieselben Sorten, wofür sie 1878 in Hamburg 16 bis 36 Mk. gezahlt hatten, in Westfalen und Thüringen, wohin sie mit ihrer Fabrikation gezogen waren, für 1000 Zigarren 5 Mk. bis 9 Mk. für Formarbeit und 9 Mk. bis 12 Mk. für Handarbeit. Jetzt war also der höchste Lohn niedriger als 1878 der niedrigste Lohn gewesen war. Der Durchschnittslohn war um mehr als 10 Mk. pro Tausend gesunken. Da aus 100 Kilo Tabak circa 11 bis 12 000 Zigarren hergestellt werden, so war der Arbeitslohn für die aus 100 Kilo Tabak hergestellten Zigarren um mehr als 100 Mk. gesunken. Die Arbeiter mußten also nicht nur die ganzen Zollerhöhungen, sondern auch die Unkosten zahlen, die durch die Transporte und Anlagen der Fabriken im Binnenlande entstanden. So war es möglich, daß trotz erhöhten Zolles und erheblich erhöhten Speisen doch der Engrospreis der Zigarren sich auf dem Stand von vor 1879 hielt. Da keine Preisveränderung eintrat, trat auch keine Veränderung im Konsum ein. Nur beim Rauchtobak, wo eine Ueberwälzung der Steuererhöhung auf den Arbeitslohn unmöglich war, trat ein erheblicher Rückgang des Konsums ein.

Die niedrigsten Löhne werden in Baden bezahlt, dort arbeiten freie Arbeiter noch billiger als in Norddeutschland die

Gefangenen in Zuchthäusern, Gefängnissen und Korrektilionshäusern. Nach Ermittlungen Börschoppers wurden 1889 in Baden für tausend Widel 1.40 bis 1.70 Mk. und für das Rollen von tausend Zigarren 3.20 bis 3.60 Mk. bezahlt. In einzelnen Orten noch 20 bis 40 Pfg. weniger. Bei der Umfrage in 375 Fabriken mit 18 737 Arbeitern, wurden nur in ganz vereinzelten Fällen Löhne bis zu 7 Mk. pro 1000 Zigarren ermittelt. Während in Deutschland der Tabakverbrauch von 72 958 Tonnen im Jahre 1882 auf 91 780 Tonnen im Jahre 1902, also um 25,8 Prozent stieg, stieg die Zahl der Arbeiter in der Tabakfabrikation in Baden von 11 514 im Jahre 1882 auf 32 686 im Jahre 1902, also um fast 200 Proz. Während 1878 von 119 000 in Deutschland gezählten Tabakarbeitern 8000, also von hundert 6,7 in Baden beschäftigt waren, sind jetzt von den 146 694 gegen Unfall versicherten Tabakarbeitern 32 686, also 22,3 von hundert, in Baden. Wie hier die Lohnerhöhung die Löhne drückte, so wirken Steuerermäßigungen lohnsteigernd. Steuerermäßigung ist freilich ein Wort, das in dem Wortschatz der Staatssekretäre für das Reichsschatzamt in Deutschland nicht vorkommt. Aber in andern Ländern ist es etwas schon vorgekommen. Am 1. Januar 1883 wurde in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Fabriksteuer für 1000 Zigarren von 6 Dollar auf 3 Dollar herabgesetzt. Obwohl die Steuerermäßigung in eine Zeit mit recht flauem Geschäftsgang fiel, und die Arbeiter sonst an Lohnforderungen gar nicht denken konnten, so genügte nur eine Anregung, und in den ganzen Vereinigten Staaten gab man den Zigarrenarbeitern 1 bis 2 Dollar Lohn für 1000 Zigarren mehr. Die Arbeiter erinnerten daran, daß früher bei Erhöhung der Steuer Lohnabzüge erfolgt seien und demzufolge mußte man jetzt das früher Abgezogene wieder zurückgeben. Die Geschichte der Tabaksteuer und der Löhne der Tabakarbeiter in den Vereinigten Staaten beweist, daß auch dort steigende Steuern sinkende Löhne und fallende Steuern steigende Löhne brachten. Verteuerung des Produkts bringt Abnahme des Konsums, und Rückgang des Verbrauchs bringt steigende Arbeitslosigkeit, die wieder Sinken der Löhne zur Folge hat. Diese Anfangsgründe der Volkswirtschaft sollte schon jeder Student der Staatswissenschaft, der nicht alle Kollegien geschwänzt hat, kennen. In Deutschland kann aber ein Mann es zu den höchsten Stellen in der Beamtenlaufbahn bringen, der noch nicht einmal weiß, daß durch die Steuern Zehntausende Arbeiter in ihrer Existenz bedroht sind.

Man kann doch nicht annehmen, daß Herr v. Stengel glaubt, die Arbeiter sind bei den Löhnen auch nur indirekt beteiligt. Da aber die Steuern die Löhne stark beeinflussen und die Löhne schon auf dem denkbar niedrigsten Stand angelangt sind, so bedeutet eine weitere Lohnkürzung für Zehntausende Arbeiter, dem Verhungern preisgegeben zu sein. Was es heißt, sich in solcher Lage zu befinden, mag Herr v. Stengel nie erfahren haben. Die Arbeiter aber wissen es, und darum stehen neben den Tabakarbeitern die Arbeiter, die von Solidaritätsgefühl besetzt sind und die Kameraden vor dem Untergange retten wollen.

Rundschau.

Die erste Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht in Werbau brachte den freien Gewerkschaften einen glänzenden Erfolg. Die Kandidaten des Gewerkschaftskartells wurden auf der ganzen Linie mit erdrückender Majorität gewählt, während die von einigen Industriellen den Arbeitern präferierte Kandidatenliste glatt durchfiel. Ob dieses großartigen Resultats soll der Bürgermeister im Wahllokal bedenklich den Kopf geschüttelt haben. Den Gegnern der Gewerkschaften wird ob dieses Resultats hoffentlich die Lust vergehen, jemals wieder mit einer Kandidatenliste an die Arbeiter heranzutreten.

Die Bildung einer Arbeitswilligengarde wird von den Scharfmachern in der Berliner Metallindustrie schon seit Jahr und Tag angestrebt. Erfolg haben die Bemühungen der Herren zwar bislang fast nicht gehabt, aber man läßt deshalb nicht locker. Erst kürzlich legte die Vereinigung der Gelbmetallindustriellen den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vor, auf dem sie ihre Nichtzugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation erklären sollen. Sie erhalten dann im Falle einer Ausperrung Unterstützung zugesichert. Jetzt machen die Eisenindustriellen ähnliche Roderungsversuche, wie folgendes Schriftstück beweist, das der Vorwärts veröffentlicht:

Kopie.

Le/G.

Wir sichern hiermit den nicht organisierten Formern, welche wir im Falle einer allgemeinen Ausperrung mit ausperrten müssen, eine Entschädigung zu, welche um 10 Prozent höher ist als die Unterstützung, welche die organisierten Formern von ihrer Organisation erhalten.

Auch übernehmen wir für die Dauer einer solchen Entschädigung die Zahlung der vollen Beiträge für Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Diese Vergünstigung gewähren wir, ohne von den Arbeitern irgendwelche Beiträge zu erheben.

Die Entschädigung gilt für alle Formern, welche zur Zeit der Ausperrung wenigstens drei Monate in unserer Gießerei tätig waren.

An diese Zusage halten wir uns für das Jahr 1906 gebunden.

Ludw. Loewe u. Co., Akt.-Ges., Gießerei.

Obigem Roder ist gleichzeitig folgender Revers angehängt:

Auf Grund vorstehender Zusage versichere ich hiermit, daß ich keiner Organisation angehöre, die im Falle eines Streiks oder Ausperrung Unterstützung zahlt, und verpflichte mich, falls ich einer solchen Organisation künftig beitrete, dieses der Gießereileitung schriftlich anzuzeigen.

Berlin, (Datum). Vor- und Zunahme und Wohnung.

Ganz ähnliche Versprechungen sind in den letzten Tagen auch in den Werken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft neu eintretenden Arbeitern gemacht worden. Auch diesen versuchte man einen solchen Revers zur Unterschrift anzudrehen; allerdings ohne Erfolg. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter weiß, was sie von diesen Roderungsversuchen zu halten hat!

Berichte.

Verichtigung.

Unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes eruche ich um Aufnahme nachstehender Verichtigung in die nächste Nummer des Tabakarbeiters:

1. Es ist nicht wahr, daß ich oder einer meiner Herren Kapläne „in die Wohnung des oben angegebenen Kollegen ging und dort auch forderte, daß das Blatt, das dort gelesen wurde, aus dem Hause müsse.“

2. Es ist nicht wahr, daß irgend jemand wegen gewerkschaftlicher Bestrebungen oder „politischer Arbeiterinteressen“ von mir in feilscherischer Beziehung benachteiligt worden ist.

3. Es ist nicht wahr, daß ich zu einer Versammlung, die Genosse Krohn hielt, eingeladen war.

4. Gleichwohl hätte meine angeborene Schüchternheit und geringe Kenntnis in Arbeiterfragen mich vielleicht zurückgeschreckt, mit meinem „Sündenregister“ vor dem Richterstuhl der Versammlung zu erscheinen.

Herrheim, den 17. Januar 1906.

Peffler, Pfarrer.

Hannover. Am 6. Januar fand im Lokale der Gerichtslaupe eine sehr gut besuchte öffentliche Protestversammlung aller in der Tabakbranche beschäftigten und an ihr interessierten Personen statt. Tagesordnung: Der projektierte Tabakzoll und die Zigarettenpapiersteuer. Referent Kollege G. Lehmann, Wenigerode a. S., besprach eingehend den uns von der Regierung zugegebenen Zoll. Redner erntete am Schlusse seines Vortrages wohlverdienten Beifall. Es wurde darauf folgende Resolution angenommen: „Die am Sonnabend, den 6. Januar 1906, im Lokale des Herrn W. Fischer, Weiße-Kreuz-Straße 10, stattfindende Versammlung aller Tabakinteressenten, Zigarrenarbeiter, Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen usw., protestiert entschieden gegen jede weitere Erhöhung der Steuern und Zölle auf Tabak und Tabakfabrikate, sowie gegen jede indirekte Steuer überhaupt. Durch die geplante Zoll- und Steuererhöhung müssen Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Tabakindustrie arbeitslos werden, weil nach dieser Steuer- und Zollerhöhung eine bedeutende Herabsetzung des Konsums an Tabakfabrikaten unausbleiblich ist. Eine weitere Folge wird die Herabsetzung der Löhne ohnehin schon karglichen Löhne der Arbeiter-schaft der Tabakindustrie sein. Die angelegenen Steuer- und Zollerhöhung stellt die Existenz von Zehntausenden von Tabakarbeitern in Frage, deshalb fordert die Versammlung vom Reichstage, daß er alle Erhöhungen der Steuern und Zölle auf Tabak und Tabakfabrikate und alle indirekten Steuern überhaupt ablehnt.“

Kolberg i. P. Am 6. Januar fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Als Referent war der Kollege Franz Schmid aus Berlin erschienen. Tagesordnung: Das geplante Attentat auf die Tabakindustrie und die soziale Lage der Tabakarbeiter. Kollege Schmid führte in fast zweistündiger Rede aus, was die Steuervorlagen zu bedeuten haben. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Osnabrück. Eine ziemlich gut besuchte Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabaksteuer tagte hier am 3. Januar. Als Referent war Kollege C. Deichmann-Bremen erschienen; der Vertreter des Kreises im Reichstage, der Abg. Wamhoff, war ebenfalls anwesend. Kollege Deichmann, welcher 1 1/2 Stunde sprach, führte den Nachweis, daß seit 1879 die Tabakindustrie fortgesetzt durch neue Steuerpläne beunruhigt würde. Redner schloß mit der Aufforderung, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen so zu stärken, daß die Regierung sich hüten, mit solchen Steuerforderungen zu kommen. In der Diskussion erklärte der Abg. Wamhoff, daß er gegen die Tabaksteuer stimmen würde, weil eine so blühende Industrie nicht vernichtet werden sollte; er werde daher auch bei seiner Fraktion dahin wirken, daß die Vorlage abgelehnt werde. Bei einer Zigarettensteuer könne er sich nicht binden, ob er dafür oder dagegen stimmen würde, müsse er erst sehen. Das Reich sei sehr in den Finanzen bedrängt, und da nun Ausgaben gemacht seien, müsse auch für Einnahmen gesorgt werden. An direkte Steuern könne nicht gedacht werden, da sonst die Verschaffung geändert werden müßte; aber die Regierung hätte ja auch eine Erbschaftsteuer in die Finanzreform gestellt, durch die nur die wohlhabenden Leute getroffen würden. Hierauf sprach Genosse Arbeitersekretär Wesp-Osnabrück zu den Vorlagen über die Bier- und Tabaksteuer usw. Wenn Abg. Wamhoff meinte, die Verfassung sei zu ändern und das ginge nicht so leicht, so erinnere er daran, daß seinerzeit die Mehrheit des Reichstags auch eine Verfassungsänderung vorgenommen hätte, indem sie die dreijährige Legislaturperiode in eine fünfjährige umgewandelt hätte. Demüßigen könne man gut, um andre zahlen zu lassen. Auch diesmal solle durch neue indirekte Steuern der Marinismus gefördert werden, darum müßte die Arbeiter-schaft dagegen protestieren. Deichmann meinte, der Abgeordnete hätte sich gewundert, daß er (D.) zuletzt aufgeregt worden wäre, er wolle aber mal sehen, wenn der Abg. Wamhoff auch Tabakarbeiter wäre und durch neue Steuern ihm der letzte Bissen Brot aus dem Hause genommen würde, ob er dann nicht aufgeregter wäre. Nachdem zwischen Deichmann und dem Abg. Wamhoff einige Erwidrerungen stattgefunden hatten, schloß die über drei Stunden tagende Versammlung. Der Vorsitzende, Kollege Pfalzmeier, hatte eine Resolution eingebracht, die einstimmig angenommen wurde. Sie lautet: Es ist das System der indirekten Steuern und Zölle auf die notwendigen Lebensmittel, wodurch die vielen hundert Millionen Ausgaben des Deutschen Reichs auf die schwachen Schultern der armen Leute abgewälzt werden, welches auch die immer wiederkehrenden Veruche der Reichsregierung, eine Mehrbelastung des Tabaks zu erlangen, verurteilt. So gewiß aber der Tabak als Genußmittel entbehrlicher ist, als das Salz, der Zucker, das Brot, das Fleisch usw., ebenso gewiß ist die Produktion der billigen Zigarren unentbehrlich für die Existenz von vielen deutschen Tabakarbeitern im Bezirk Osnabrück. Die Existenz dieser Tabakarbeiter wird durch die Tabaksteuervorlage der Regierung geradezu in Frage gestellt. Daher fordert die Versammlung vom Reichstage, daß er diese Vorlage ablehnt. — Zu dieser Versammlung schreibt selbst die nationalliberale Osnabrücker Zeitung, daß dieselbe Temperamentvoll gewesen sei; die Arbeiter sprächen ein freies, ernstes Wort; die Regierung sollte solche Fehler unterlassen, um den Arbeitern der freien Richtung nicht neues Material und Wasser auf ihre Mühlen zu geben. — Kollegen von Osnabrück, die Zeiten sind ernst für uns, daher schließt Euch dem Deutschen Tabakarbeiterverband an und agitiert, bis der letzte Mann unser ist. Dann können wir der Zukunft ruhig entgegensehen.

Pirna. Eine gut besuchte öffentliche Protestversammlung gegen die Tabak-, Zigarettenpapier- und Biersteuer wurde am 6. Januar im hiesigen Volkshause abgehalten. Genosse Reichstagsabgeordneter Julius Frähdorf hatte das Referat übernommen. In besonders gut pointierter Weise unterzog Redner die indirekten Steuern zunächst einer scharfen Kritik. Trotzdem die 1900 beschlossene Flottenvorlage erst 1914 zu Ende geht, wolle man doch schon wieder neue Schlachtschiffe bauen, nicht um dem deutsche Industrie und deutschen Handel zu schützen, sondern um dem Auslande die Spitze zu bieten. Hierzu brauche die Regierung Geld, und da solle nun der Tabak und das Zigarettenpapier, das Bier, kurz, Konsumartikel der breiten Masse bluten. Und alles das trotz der geschickten Festschlingung der Regierung 1900 im Reichstage, keine Schlachtschiffe zu bauen, wenn damit eine Mehrbelastung der indirekten Verbrauchsabgaben verbunden sei. In gerader und drastischer Weise ging Redner sodann mit der Regierung, den neuen Steuerprojekten, der Flottenvorlage und den bürgerlichen Parteien ins Gericht. Durch Einführung der neuen Steuern würden Tausende von Arbeiterfamilien der Not und dem Elend preisgegeben, blühenden Industrien die Existenzbedingungen untergraben. In der Debatte meinte Genosse Süß, daß die Zeiten der Neutralitätsduseleien vorüber seien. Die heutige Versammlung beweise dies zur Genüge. Jeder Gewerkschafts-genosse habe die Pflicht, sich auch politisch zu organisieren und den Volksfreund zu lesen. In seinem Schlusswort ging Genosse Frähdorf noch besonders auf die politischen Zustände im Reiche, besonders in Sachsen, ein, und klang seine Worte in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das freie Wahlrecht aus. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 6. Januar 1906 im Gasthof Weißes Roß in Pirna tagende öffentliche Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Tabak-, Zigarettenpapier- und Biersteuer, sowie überhaupt gegen jede Mehrbelastung die zur Folge hat, daß Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos der Not und dem Elend preisgegeben werden. Die Versammlung legt entschieden Protest ein gegen jede indirekte Besteuerung, die nur die breite Masse des Volkes trifft, die die wirtschaftlichen Verhältnisse und die jetzt schon traurige Lage der Arbeiter noch verschlimmert. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie und des Brauereigewerbes aus, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und des Bieres aufzunehmen und zu führen.“

Hofheim. Am 8. d. M. tagte hier im Hotel Herkules eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter, -Fabrikanten und -Händler mit der Tagesordnung: 1. Die neue Tabaksteuervorlage und deren Folgen; 2. Diskussion. Der Kollege Karl Schulze aus Leipzig hatte das Referat übernommen und gab ein hares Bild über die Erhöhung der Tabaksteuer und deren Schäden. Der Beifall, der dem Referenten zuteil wurde, zeigte, daß sämtliche Anwesende mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des Hotel Herkules hier stattfindende Protestversammlung erkennt in der Mehrbelastung des Tabaks eine Maßnahme, die geeignet ist, Tausende und Abertausende von Arbeitern brotlos zu machen und viele andre Existenzen zugrunde zu richten; zugleich würden dadurch die Gemeinden in unverantwortlicher Weise belastet, indem die Armenunterstützung ins Unermessliche sich steigern müßte. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Mehrbelastung nur deshalb in Aussicht genommen ist, weil durch die ungeheure Steigerung der Lasten für den Militarismus und Marinismus immer neue Steuerquellen eröffnet werden müssen. Sie verurteilt die unaufhörlichen Rüstungen, in welchen sie keine Gewähr für den Frieden erblickt, ebenso scharf, wie die Belastung des Tabaks und anderer Konsum- und Bedarfsartikel. In Erwägung, daß die Mehrbelastung des Tabaks außer der Brotlosmachung Tausender Existenzen die Ausbreitung der allgemeinen schädlichen Heumarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, und somit Not und Elend zur Folge hat, ersucht die Versammlung den hohen Reichstag, dieser neuen Steuervorlage seine Zustimmung zu verjagen.“

Saiga. Am 13. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Bericht von der Gaukonferenz; 3. Bericht der Kartelldelegierten; 4. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleure; 5. Geschäftliches. Zum 1. Punkt gibt der Kollege August Küster einen klaren Bericht über die Kassenverhältnisse, die mit 294,08 Mk. balancieren, und konstatiert, daß das letzte Quartal 1905 besser gewesen sei, als das letzte 1904. Betreffs der Auszahlung von Krankengeld bemerkt er, er habe bereits 600 Mk. am 18. November nach Bremen geschickt und würde schließlich noch weitere 300 Mk. abschicken können. Die Revision, welche Geld und Wertgegenstände gesehen, bestätigten die Richtigkeit. Der Revisor A. Koch stellte den Antrag, den Kassierer zu entlasten, welcher Antrag ohne Widerspruch angenommen wurde. Im Schluß des 4. Quartals hatten wir einen Mitgliederbestand von 313 Personen. Zum 2. Punkt gab A. Küster einen ausführlichen Bericht von der Gaukonferenz und bemerkte, daß die Saigauer Delegierten nicht ganz einverstanden gewesen seien mit der Reorganisation, denn auf der einen Seite habe Erhöhung der Beiträge, auf der andern Herabsetzung der Unterstützung im Krankheitsfalle stattgefunden. Es sei aber vorläufig an dem Generalversammlungsbeschluss nichts zu ändern. „Dann kam er auf ein der traurigsten Systeme zu sprechen, welches der Tabakarbeiter nur haben könne. Als solches sei die Heimarbeit für Fabrikanten wohl zu betrachten. Mann, Frau und Kinder müssen arbeiten, um einigermaßen einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Reorganisation gutheißt, denn der Kampfcharakter des Verbands müsse unbedingt gewahrt bleiben. Zum 3. Punkt erhielt der Kollege Albert Koch das Wort und gab einen ausführlichen Bericht über die Kartellitzungen. Zum 1. Bevollmächtigten wurde Hermann Weinrich, zum 2. Bevollmächtigten August Küster, zum 3. Friedrich Giesdorf wiedergewählt. Als Kontrollleure wurden die Kollegen Albert Koch, Bruns und August Heineberg gewählt. Hierauf wurden die Kollegen W. Stabe, O. Wille und K. Wiedemann als Kartelldelegierte und als Stellvertreter Fr. Dreßler gewählt.“

Schönlanke (Bosen). Am 12. Januar, nachmittags 6 Uhr, fand hier im Schützenhaus eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in der Frau S. Kiesel-Berlin über: Die drohende Tabaksteuer und ihre Folgen vor circa 350-400 Versammelten referierte. Die Referentin verpflücht zunächst das reichhaltige Steuerbukett, das den Arbeitern als Versicherung auf den Tisch gelegt worden ist. Nachdem die einzelnen Steuern wie Brau-, Automaten-, Quittungssteuern beleuchtet sind, schildert die Referentin in eindringlichen Worten die geplante Tabaksteuer und die unheilvollen Folgen, die durch die Annahme derselben über die Arbeiter hereindringen würden. Reicher Beifall wurde der Referentin zuteil. In der darauffolgenden Diskussion werden folgende Resolutionen eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heute, den 12. Januar 1906, im Schützenhaus tagende öffentliche Volksversammlung erhebt energisch Protest gegen die dem Reichstage unterbreitete Tabaksteuervorlage, sowie gegen jede höhere Besteuerung des Tabaks überhaupt, da diese geeignet wäre, Tausende von Arbeitern ins Elend zu führen. Wir ersuchen deshalb den Reichstagsabgeordneten unseres Reichstagswahlkreises, Herrn W. Zindler, im Reichstage gegen jede Mehrbesteuerung des Tabaks zu stimmen.“

„Die heutige öffentliche stark besuchte Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Behörde dem Schützenhauswirt gegenüber, betr. der Herabsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr, da sie darin nur die Hinderung des Verkehrs der organisierten Arbeiterschaft von Schönlanke sieht, und verpflichtet sich, den Schützenhauswirt mit allen ihr zugebotenen Mitteln zu unterstützen.“

Hierauf wird in der Diskussion fortgefahren. Da, ohne daß die Versammelten auch nur die geringste Veranlassung gegeben, erhebt sich der überwachende Beamte und löst die Versammlung auf. Auf das Vorhalten des Vorsitzenden erwidert er nur: „Gründe brauche ich Ihnen nicht zu sagen.“ Hierauf wurde der Saal geräumt.

„Zum erstenmal wurde seit Bestehen der Arbeiterorganisation hier am Orte eine Versammlung aufgelöst. Arbeiter, merkt es Euch, seid auf der Hut, denn der Wind weht jetzt scharf.“

Senftenberg. Eine am 14. Januar abgehaltene Volksversammlung, welche von circa 100 Personen besucht war, befaßte sich mit den von der Regierung geplanten Steuervorlagen. Der Kollege Kiesel-Berlin legte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage den Anwesenden die Schädlichkeit der neuen Steuervorlagen bez. des Erwerbs- und Wirtschaftslebens klar. Zum Schluß wurde eine Resolution gegen die Steuervorlagen einstimmig angenommen. Angesichts der vielen Tabakinteressenten, welche in hiesiger Stadt wohnen, ist es wirklich zu bedauern, daß die Versammlung nicht besser besucht war. Man muß sich wundern, daß selbst die Kollegen nicht vollständig erschienen waren. Glauben diese Säumnigen vielleicht, daß sie sich unter den erhöhten Steuerlasten glücklicher fühlen werden? — Die reisenden Kollegen werden an dieser Stelle noch besonders aufmerksam gemacht, daß der hiesige Ort wegen ausgebrochener Differenzen in der Fabrik von Jung-hans vor Zugang gesperrt ist.

Vereinsteil.

Zentral-Arbeiten- und Sterbelasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Blumenhof, Mozartstr. 5, 1. Ausführend: O. Sibow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 8. Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Wandsbek 200 Mk., Hamburg 100 Mk., Holzhausen 25 Mk., Südlengern 40 Mk., Halle i. W. 50 Mk., Neulubheim 200 Mk., Kirchheim 35 Mk., Sildesheim 20 Mk. — Sterbelasse: Kiel 340 Mk., Orloy 73 Mk., Rotherburgort 30,59 Mk., Wandsbek 69,90 Mk., Harburg 19,22 Mk., Neulubheim 75,06 Mk., Halle 17,74 Mk., Sildesheim 11,88 Mk.

Zuschüsse: Osterheim 100 Mk., Posen 50 Mk. — Kranken- und Sterbegeld: 84,06 Mk.

Hamburg, den 22. Januar 1906.

B. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Wolland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Silken, Altona, Al. Lagerstraße 11a, part., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten und andere, denen der Aufenthalt des Wilhelm Bachmann aus Bremen, zuletzt in Wernigerode, bekannt ist, uns denselben mitzuteilen.

Als verloren gemeldet wurde das Buch des Herrn. Albrecht aus Stolp i. Pom., Buch Ser. I, 14545 (eingetr. am 18. 1. 96). Im Verzeigungsverzeichnis ist dasselbe zu konfiszieren.

Wir ersuchen um Mitteilung des Aufenthaltsortes des Adolf Kessig, zuletzt in Apolda.

In Nr. 47 des Tabakarbeiters vom vorigen Jahre machten wir bekannt, daß ein Buch, Ser. I, 16885, lautend auf Otto Flemming aus Friesdorf verloren worden sei. Wie uns nun von Einbeck mitgeteilt wird, hat ein Buchhändler aus das vorstehende Buch für 7 Tage Arbeitslosenunterstützung erhoben und erhalten. Wir ersuchen alle Kollegen und namentlich die Bevollmächtigten, denen das Buch zu Gesicht kommt, dasselbe zu konfiszieren und einzusenden. Wünschenswert ist dabei, da das Buch wahrscheinlich gestohlen ist, die Personalien des Inhabers festzustellen und sofort Anzeige zu erstatten.

Das Mitglied Kob. Malchahn aus Breslau, Ser. I, 13489, ist ohne Abmeldung von Bischofswerda abgereist und muß derselbe 1 Mark Strafe zahlen.

Das Mitglied Emil Denk verschaffte sich bei Gelegenheit des Elektrizitätsarbeiterausstandes in Berlin 3 Sammellisten, auf denen er Beiträge gesammelt, welche nicht abgeliefert sind. Wir bitten daher um Mitteilung des Aufenthaltsortes, und machen denselben darauf aufmerksam, daß am 5. Februar der Vorstand zu einem eventuellen Ausschluß aus dem Verbandsstellung nehmen wird. Man sende uns daher auch das Buch ein.

Die nachgenannten Mitglieder, die in Nr. 3 des Tabak-Arbeiter irrtümlich als „provisorisch aufgenommen“ veröffentlicht wurden, sind wegen Beitragsrückständen gestrichen: Herrm. Schüler, Herrm. Meyer, Anna Mäster, Friederike Schreiber aus Spenge, Robert Brinkhoff, Heinz Beumer aus Dreien, G. Fleer aus Westert-Enger, Fritz Stumme aus Linden bei Hannover.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 17. bis 23. Januar 1906 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

Nr.	Name	Betrag	Nr.	Name	Betrag
15.	Januar. Genthin.	50.—	20.	Carls	60.—
15.	Koburg	60.—	20.	Carlshafen	25.—
15.	Groß-Steinheim	50.—	21.	Guben	120.—
16.	Halle a. E.	50.—	21.	Baugen	400.—
16.	Neuhäus	200.—	21.	Woltersdorf	100.—
16.	Broitterode	91.55	21.	Striegau	120.—
16.	Börsch	30.—	22.	Enger i. W.	300.—
16.	Wentau	15.—	22.	Sunnebrod b. Wunde	100.—
16.	Bischofswerda	90.—	22.	Rehme	450.—
17.	Spanbau	50.—	22.	Kaschhausen	151.61
17.	Körschenbroda	40.—	22.	Senigo	70.—
17.	Frankenstein i. Schl.	20.—	22.	Eichwege	250.—
18.	Dhlau	200.—	22.	Gantth i. Schl.	33.—
18.	Jüterbog	250.—	22.	Laden i. Pfalz	40.—
18.	Sorau	100.—	22.	Spanbau	50.—
20.	Pelne	30.—	22.	Rauen	200.—
20.	Altona a. E.	500.—	22.	Oberhausen	120.—
20.	Neumarkt	100.—	22.	Winsen	100.—
20.	Langwedel	100.—			

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiernit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Abfinder, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 23. Januar 1906. W. Nieder-Wolland, Marktstraße 18, II., Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Altenbrudy (Unter-Elbe): August Schöple als 1. Bev., Heinrich Struwe als 3. Bev.; H. Bierlich, J. Krönke, L. Plogers als Kontrolleure.

Für Mündcheberg: Max Neumann, August Kühne, Otto Bache als Kontrolleure.

Für Salzhausen: Simon Koppfeler als 1. Bev., Theodor Paud als 2. Bev., Simon Strunt als 3. Bev.

Für Halberstadt: Karl König als 1. Bev., Hasselbach als 2. Bev., Noack als 3. Bev.; Böhff, Joschko, Scholz als Kontrolleure.

Für Wernigerode: Ferd. Salzwedel als 1. Bev., Herrm. Pfeiffte als 2. Bev., Gottfried Querschnitt als 3. Bev.; Gust. Lehmann, Chr. Koch, Heinz. Beder als Kontrolleure.

Für Seckenheim: Georg Schmitt als 1. Bev., Franz Kreisler als 2. Bev., Georg Michel Schmitt als 3. Bev.; Ludw. Bittsch, Peter Braune, Adolf Schwarz als Kontrolleure.

Für Heindorf (Anhalt): Alb. Mansfeld als 1. Bev., Herrm. Baumgarten als 2. Bev., Franz Müller als 3. Bev.; Karl Eggers, Otto Baumgarten, Frau Ida Mansfeld als Kontrolleure.

Für Böhln: Heinz. Pfeiffer als 1. Bev., Stanislaus Szafrann als 2. Bev., Heinz. Böber als 3. Bev.; Peter Lindlau, Max Kern als Kontrolleure.

Für Reinheim (Hessen): Peter Müller als 1. Bev., Adam Trantmann als 2. Bev., Leonh. Trumpfeller als 3. Bev.; J. Kampf, Martin Ingold, H. Späth als Kontrolleure.

Für Lauenburg: Andreas Ded als 1. Bev., Joh. Keller als 2. Bev., Georg Siebig als 3. Bev.; Thomas Mentath, Karl Hilb, Adam Maurer als Kontrolleure.

Für Eckenobon: Emil Kurz als 1. Bev., Mathes Nief als 2. Bev., Heinz. Cornelius als 3. Bev.; Käthen Hill, Marie Scholl, Babetta Cornelius als Kontrolleure.

Für Duisburg: Heinz. Niefel als 2. Bev.; A. Simonson, Fritz Kupf, A. v. Latum als Kontrolleure.

Für Wesel: Wilh. Kufoll als 1. Bev., Gerh. van Schewyck als 2. Bev., Gerh. Anst als 3. Bev.; E. de Wit, N. Goud als Kontroll.

Für Ronneburg: Oskar Noosdorf als 1. Bev., Emil Großer als 2. Bev., Karl Besser als 3. Bev.; Alwin Schröder, Adolf Beder, Frau Beyer als Kontrolleure.

Für Bodum: Ernst Besthorn als 1. Bev., Heinz. Dormeier als 2. Bev., Franz Wischaf als 3. Bev.; Julius Schanz, Heinrich Jönders, Bernh. Wildschütz als Kontrolleure.

Für Broitterode: Gustav Möller als 1. Bev., Rich. Fuchs als

2. Bev., Bernh. Göbel als 3. Bev.; Herrm. Ulrich, Karl Fuchs, Luise Seifer als Kontrolleure.

Für Bischofswerda: Otto Töppel als 1. Bev., Max Knoblich als 2. Bev., August Hartmann als 3. Bev.; Rich. Berger, Paul Seefeld als Kontrolleure.

Für Henschelheim b. Gießen: Wilh. Hofmann als 1. Bev., Karl Koch als 2. Bev., Ph. Winter als 3. Bev.; Karl Reichel, Elifab. Adolf, Marg. Lenz als Kontrolleure.

Für Freiberg i. S.: Georg Keller als Vertrauensmann.

Für St. Jürgen: Friedr. Nisch als 1. Bev., Joh. Kübler als 2. Bev., Fr. Stuber als 3. Bev.; Barbara Müller, Lenchen Herbold als Kontrolleure.

Für Osterode: Michael Tiggeler als 1. Bev., Fritz Webelind als 2. Bev., Karl Helbig als 3. Bev.; Wilh. Schindler, Gust. Fedder, Aug. Dtg als Kontrolleure.

Für Crebnik i. Schles.: Wilh. Händchen als 1. Bev., Heinz. Desjinsky als 2. Bev., Joseph Seiler als 3. Bev.; Fritz Danuert, Karl Thiel, Johann Kieselwetter als Kontrolleure.

Für Oberhausen: Gustav Stahlmann als 1. Bev., Anton Verfuyl als 2. Bev., Peter Fahr als 3. Bev.; Fritz Jungmann, Heinz. Meyer, Gerh. Schweler als Kontrolleure.

Für Ogersheim: Joh. Bollmer als 1. Bev., Joh. Nester als 2. Bev., Karl Heller als 3. Bev.; Joseph Schmitt, Ludwig Richter, Fritz Huber als Kontrolleure.

Für Spandau: Otto Krüger als 1. Bev., Karl Bartels als 2. Bev., Paul Dörner als 3. Bev.; Artur Fischer, Otto Unger, Wilh. Kannegießer als Kontrolleure.

Für Bünde: Gottlieb Klüter als 1. Bev., Wilh. Voigtländer als 2. Bev., Aug. Veimsohr als 3. Bev.; Karl Könter, Joh. Wölfer, Karl Menke als Kontrolleure.

Für Jüterbog: Otto Jeserich als 1. Bev., Paul Heise als 2. Bev., Wilh. Hilpert als 3. Bev.; Karl Koppert, Wilh. Hentel Wilh. Schinkel als Kontrolleure.

Für Mündchehof: Karl Buth als 1. Bev., Wilh. Probst als 2. Bev., Aug. Reinde als 3. Bev.; H. Oberbed, K. Riemschneider, A. Stübgen als Kontrolleure.

Für Minden i. Westf.: W. Schломann in Haverstadt als 1. Bev., Chr. Effer als 2. Bev., Paul Amboß als 3. Bev.; L. Schulze, Gottlieb Lenger, A. Burmann als Kontrolleure.

Für Neuenhäuser: H. Hohnsbehn als 1. Bev., Paul Jürs als 2. Bev., W. Borgardt als 3. Bev.; H. Lemde, C. Meinert, G. Wendt als Kontrolleure.

Für Langwedel: Fritz Fricke als 1. Bev., Heinz. Westerhold als 2. Bev., Alb. Hünke als 3. Bev.; Kob. Madelung, Herrm. Bafä, Anna Zimmermann als Kontrolleure.

Für Pörsch: Karl Schäfer als Vertrauensmann, Emil Richter als 2. Bev.; Max Strobel, Adam Bollrath als Kontrolleure.

Für Seesen: Richard Böttcher als 1. Bev., Wilhelm Miede als 2. Bev., Otto Gelhaus als 3. Bev.; Ferd. Sachmann, Albert Sachmann und Wilhelm Beudert als Kontrolleure.

Für Bernburg: Richard Mertig als 1. Bev., Gottf. Hache als 2. Bev., Friedr. Edert als 3. Bev.; Gustav Fischer, Richard Baumann, Karl Hantich als Kontrolleure.

Für Salza: Hermann Weirich als 1. Bev., August Küster als 2. Bev., Friedr. Hiesdorf als 3. Bev.; Albert Koch, Brunst, August Henneberg als Kontrolleure.

Für Dürrenmühlbacher: Franz Schweigert als 1. Bev., Gustav Sauer als 2. Bev., Jakob Hofmann als 3. Bev., Paul Spat, Luise Sauer, Eva Schweigert als Kontrolleure.

Für Enger: W. Müller als 1. Bev., H. Krentel als 2. Bev., P. Schürmann als 3. Bev.; W. Salomon, H. Haubrock, Fr. Steffmann als Kontrolleure.

Für Rehme: Arnold Albertsmeier als 1. Bev., Fritz Bültmeyer als 2. Bev., Fritz Harre als 3. Bev.; Heinz. Stolling, Karl Johansmeyer, Fritz Albertsmeier als Kontrolleure.

Für Pirna: Emil Baum als 1. Bev., Herrm. Suballa als 2. Bev., Ernst Flor als 3. Bev.; Ernst Schwellach, Joh. Wellesen, Karl Bias als Kontrolleure.

Für Sorau: Anton Kristen als 1. Bev., Max Schulz als 2. Bev., Max Dittmar als 3. Bev.; Rich. Gräs, Karl Pettke, Karl Suchhandke als Kontrolleure.

Für Zankerhof: Karl de Wür als 1. Bev., Fritz Müller als 2. Bev., Leopd. Kaiser als 3. Bev.; Hugo Hartmann, Arnold Meyer, Aug. Madentum als Kontrolleure.

Für Sunnebrod: Gustav Brinkmann als 1. Bev., Heinz. Vohrenkämper als 2. Bev., Heinrich Bester als 3. Bev.; Aug. Stiegelmeier, Herrm. Sidmann, H. Haubrock als Kontrolleure.

Für Lachen: Leon Schwab als 1. Bev., Jakob Müller als 2. Bev., Joh. Fischer als 3. Bev.; Karl Niechersheim, Heinrich Schuster, Jakob Schanz als Kontrolleure.

Für Hannau: Fritz Klein als 1. Bev., Heinrich Ruffer als 2. Bev., Otto Stiller als 3. Bev.; Ida Töpfer, Ernestine Absh, Meta Simon als Kontrolleure.

Für Bassum: Wilh. Krüger als 1. Bev., Joh. Bahrs als 2. Bev., Heinz. Hohnhold als 3. Bev.; Wilh. Schramm, Jakob Kraus, Chr. Meyer als Kontrolleure.

Für Johannegeorgenstadt: Max Schneider als 1. Bev., Georg Dam als 2. Bev., Emil Meinel als 3. Bev.; Rich. Brändel, Hugo Baumann, Ernst Müller als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Emil Adam aus Mittsch, Paul Hoppe aus Kuschwitz (Kreis Mittsch), Berta Tischlich aus Dhlau, Berta Sambale aus Poln.-Steine (Kreis Dhlau), Anna Sander aus Soy (Kreis Dhlau), Berta Djaballe, Elisabeth Mude, Martha Zedel, Berta Frei, Emma Rawroth, Martha Linke aus Dhlau, August Speer aus Groß-Mühlbachschütz (Kreis Dels), Emilie Berger, Berta Witte aus Dhlau, Helene Gloger aus Baumgarten (Kreis Dhlau), Anna Mude aus Dhlau, Berta Laus, Emma Merten aus Thiergarten (Kreis Dhlau), Anna Seidel aus Hünern (Kreis Dhlau), Martha Marschall aus Baumgarten (Kreis Dhlau), Emma Bodis aus Dhlau, Pauline Drosdel aus Stannowitz (Kreis Dhlau), Selma Frost, Anna Kias, Emma Jungmann, Ida Meier, Emma Bohnitz aus Dhlau, Selma Wobnirt aus Dittag (Kreis Dhlau), Anna Frost aus Bergel (Kreis Dhlau), Anna Grune aus Poln.-Steine (Kreis Dhlau), Anna Mierdel aus Baumgarten (Kreis Dhlau). (248)

Marie Wexler, Luise Ellersied, Wilhelm Meier, Anna Barometer aus Hüffen, Lina Korte, Johanne Korte, Auguste Gläser aus Belfe-Steinbeck, Johanne Vollmann, Anna Hbrock aus Besen-kamp, August Her aus Melle, Heinrich Gerking aus Kirch-lengern. (155)

Karl Nebelsick, Sophie Busch, August Wifel, Karl Hilfer, Bernhard Hundertmark, Wilhelm Hilfer, Lina Hilfer, Minna Klenke, Marie Kinkelsen, Minna Oehlschläger, Lina Siebe, Hermine Scheller aus Holzhausen bei Pyrmont, Eduard Bape aus Lichtenhagen bei Ottenstein, Hermann Hilfer, Heinrich Lehrardt, Auguste Niemeyer, Minna Meyer, Johanne Binder, Alwine Binder, Johanne Schmidt, Luise Köster geb. Bangert, Heinrich Feldmann, August Lübecking, Anna Schaper, Anna Möhring, Luise Hundertmark aus Holzhausen bei Pyrmont. (274)

Louis Kunst, Luthera Wionede aus Osterode a. H. (163)

Ditrich Linke aus Dörsilber, Marie Boll, Heinrich Sewing aus Kirchlangern, Fritz Reinke aus Ahle, Mathilde Klaus aus Enger, Heinz. Dresser aus Süblingern, Karl Palsbrücker aus Dünne. (25)

Minna Eblsch aus Hartha, Leopold Unger, Klara Lange, Helene Fiedler aus Chemnitz. (54)

Hugo Korneske aus Wöhmühle (Kreis Strehlen) (s. R.). (166)

Anna Jentsch, Marie Schönberg aus Mühlberg a. E. (225)

Hans Suhr aus Rendsburg (s. R.). (236)

Fritz Scharrf, Marie Göffert, Aug. Gaba geb. Fülle, Ernestine Schulz, Gertrud Zimmermann aus Neumarkt (Schlesien), Frau Klara Matwalb aus Dyhernfurt, Fr. Emma Paulowksy aus Döbern. (231)

Marie Pförtner, Klara Pförtner, Aug. Landmann, Hedwig Zeige, sämtlich aus Jauer. (168)

Gerhard Prockfel aus Brafe. (34)

Wilhelm Böllner aut Sprottau (s. R.). (93)

Wilh. Schomburg, Karl Schemmer, Karl Koch, Karl Böhmer. (352)

Frau Theodora Schmidt aus Deltsch. (356)

Karl Krohn aus Palewall (s. R.). (272)

Fritz Harre, Karl Klüber aus Werste, Heinrich Schäfer aus Eidinghausen, Karl Griefe, Karl Tiemann, Heinrich Gieselmann aus Niederbergen. (289)

Albert Schuldt, Bernhard Jenz, Heinz. Neßls aus Parchim, Karl Gust aus Stavenhagen. (275)

Heinrich Pflüster aus Bimten (s. R.), Wilh. Dannhaus aus Euerdissen, E. Wollbrint, S. Othebe aus Herford. (141)

Samuel D. Lange aus Notterdam. (141)

Emil Lehmann aus Gahlen (s. R.). (328)

Heinz. Köste, Arnold Meyer, Heinz. Küpfer aus Twistringen, Heinrich Brinkmann aus Diepholz. (61)

Joh. Bahrs aus Melchiorshausen, Wilh. Schramm aus Rassel (b. s. R.), Chr. Meyer aus Windheim, Ph. Meyer aus Geester-münden (s. R.), Jakob Kraus aus Maren a. Rhn., Chr. Balfe aus Bremen (s. R.), Frau Luize Krüger geb. Holz aus Lüssen, Fried. Butt, Gerh. Kasten (b. s. R.), Frau Helene Kraus, sämtlich aus Bassum. (29)

Joh. Bangert, Franz Frönders aus Duisburg, Karl Curian aus St. Johann, Joh. Wilben aus Kemscheid. (83)

Adam Postel, Ph. Mohrmann, Elise Peter aus Lachen. (219)

Frau Agathe Simonson aus Nordhausen, Hermann Klaas aus Wolgast. (360)

Wilh. Graul aus Zeitz. (42)

Adolf Schuster aus Prilich. (33)

Fr. Kuhlmann, H. Buienfrut, Fr. Ridder, W. Manfau, H. Zumbach, Chr. Poos, sämtl. aus Hausberge, Aug. Kreimeier aus Süblingern. (?)

Katharine Sack, Heinz. Hörr, Karolina Arnold, Marg. Reichel, Kath. Koch aus Heuchelheim. (157)

Joh. Häbler aus Dirsburg. (445)

Katharina Schreiber aus Gersheim, Freya Dumusel aus ?, Luise Holste, Josephine Holste aus Hannover, Alma Müller aus Braunschweig, Dina Gieseke aus Hannover, Josef Kanner aus ? (139)

Frida Körner aus Halsbrück, Emma Kempe aus Sand, Martha Mödel aus Friedeberg, Rich. Nisch aus Wolframsdorf (s. R.). (103)

Heinz. Hollmann aus Salzußen, Wilh. Ofsege aus Haje-lünne. (306)

Aug. Scholz aus Alt-Lomnitz. (133)

Paul Kerber, Wilh. Ludwig aus Neubamm, Karl Goosmann aus Wittenberg (s. R.). (459)

Heinz. Gültermann aus Westert-Enger. (327)

Fritz Menken, Heinz. Derpuz aus Mühlheim a. Ruhr. (254)

Auguste Wülfel aus Holzhausen b. Pyrmont. (306)

Joh. Kempf aus Reinheim. (295)

Ernst Menze aus Somtow (s. R.), Kasimir Jaroni aus Miloslaw. (9)

Fr. Alwine Voigt aus Linden, Fr. Klara Kammer aus ?, Alwine Stichtote aus Blotho, Emil Zähde aus Werbau, Fr. Emma Wolf aus ?, Helene Hingber aus ?, Karl Grösch aus Hammenstadt. (139)

Peter Gerner, Anton Niedert aus Ogersheim. (257)

Julius Cools aus Briffel, Frau Cools aus Varjen bei Pyrmont (beide s. R.), August Hartmann aus Sulingen. (316)

Berichtigung: In Nr. 3 muß es unter: Provisorisch auf-genommen sind, heißen statt Moritz Rühle, Moritz Kahle aus Sorau. (105)

Einige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:
In Altenbrudy (Unter-Elbe): Durch August Schöple, Lange Straße 73. Zu jeder Tageszeit.
In Barnhorf: Durch Fritz Müller in der Herberge Kaldewey. Von 12^{1/2}—1 Uhr mittags und 8^{1/2}—9 Uhr abends.
In Bassum: Durch Joh. Bahrs, Lange Straße 151. Von 12—1 Uhr mittags.
In Bernburg: Durch Rich. Wertig, Kanalstr. 16, I. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.
In Bischofswerda: Durch Otto Töppel, Brauhausgasse 7. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags. Außer dieser Zeit wird nichts ausgezahlt. — Das Ansuchen aus der Fabrik ist unterzagt.

In Duisburg: Durch den 2. Bev. Matthias Nief, Bahnhofstraße 127. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Böhln: Durch den 1. Bev. Heinz. Pfeiffer, Blaubach 66. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. Dasselbst ist der Arbeitsnachweis.

In Lauenburg: Durch Joh. Keller, Feuerleitergasse. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. Verkehrslokal ist Gasthaus zum Stern.

In Heindorf (Anhalt): Durch den 1. Bev. Alb. Mansfeld, Leopoldstraße 1. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.

In Pirna: Bei Herrm. Suballa, Reibbahn 15, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags.

In Pörsch: Bei Karl Schäfer, Brauhausgasse 10. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Seesen: Bei R. Böttcher, Lautenthalerstraße 364.
In Sorau: Durch Max Schulz in der Herberge zur Heimat. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 10—11 Uhr vormittags oder Vabestr. 18.
In Spandau: Durch R. Bartels, Seefelders Str. 53. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Blotho: Alle Unterstühtungen werden ausgezahlt bei Karl Lamprecht, Folle Nr. 594. An Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 1—2 Uhr nachm.
In Wernigerode: Alle Unterstühtungen werden beim 1. Bev. Ferd. Salzwedel, Vodestr. 16, ausgezahlt; für Fremde zu jeder Tageszeit, für Ortsansässige jedoch nur Sonnabends von 10—1 Uhr.
In Wesel: Nur an Mitglieder, die hier in Arbeit treten; durch-reisende Mitglieder erhalten also keine Unterstühtung. Das Ansuchen aus der Fabrik ist strengstens unterzagt.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:
In Altenbrudy (Unter-Elbe): Durch August Schöple, Lange Straße 73. Zu jeder Tageszeit.
In Bischofswerda: Durch Max Knoblich, Karolastraße 8 (Eing. Georgstr.). und zwar nur Sonnabends abends 7—8^{1/2} Uhr.
In Böhln a. Rh.: Durch 2. Bev. Stanislaus Szafrann, Al. Wriedenmarktstr. 14, II. Sonnabends von 7—8 Uhr abends. Dasselbst müssen Beiträge bezahlt werden.
In Minden: In der Zentrnhalle, Ritterstr. 18. Sonnabends von 12—1 Uhr.
In Pirna: Bei Herrm. Suballa, Reibbahn 15, II. Nur Sonntags von 8—10 Uhr vormittags.
In Spandau: Durch Karl Bartels, Seefelders Straße 53.

Adressenänderung:

Für Bernburg: Der 1. Bev. Rich. Wertig wohnt Kanalstr. 76; — der 2. Bev. Goul. Hache, Stiftstr. 94b.

Für Bischofswerda: Der Vertrauensmann Otto Töppel wohnt Brauhausgasse 7. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für Bodum: Der 1. Bev. Ernst Besthorn wohnt Clemensstraße 23.
Für Eckenobon: Der 1. Bev. Emil Kurz wohnt Klosterstr. 34.

Für Köln a. Rh.: Der 1. Bev. Heinz Pfeiffer wohnt Blaubach 66a.
Für Lauenburg: Der 1. Bev. Andreas Dick wohnt Feuerleitergasse.
Für Liebschwitz: Der Vertrauensmann A. Krause wohnt Taubenprestel 35. An diesen sind alle Zuschriften zu richten und nicht an A. Wahr.
Für Minden: Der 1. Bev. W. Schumann wohnt Hüberstraße, Ritterstraße 18. — Verkehrslokal: Zentralhalle. Arbeitslosenunterstützung daselbst.
Für Pöfnick: Karl Schäfer, Entenplan 4.
Für Schwetzingen: Der 2. Bev. Martin Schäfer wohnt jetzt Bismarckstr. 12.
Für Seckenheim: Der 1. Bev. Georg Schmitt wohnt Luisenstr. 35.
Für Seelen: Der 1. Bev. Richard Böttcher wohnt Lautenthalerstraße 364.
Für Trebnitz (Schlesien): Der 1. Bev. Wilh. Hänchen wohnt Köhlerstr. 16.
Für Luxemburg: Vorsitzender: Konrad Ortmeier, Nordstraße 15, Bonneweg, Bonneschewan. Kassierer: Peter Burmer, Clausen, Teierbergstraße 65. (Daselbst wird Reiseunterstützung ausbezahlt.) 3. Bevollmächtigter: Jakob Bolter, Clausen, Clausener Bergstraße 24. — Vertrauensmann: Johann Schwarz, Luxemburg, Petrusring 1.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)

In Jastrow: Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn E. Schmeling, Töpferstraße. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Anträge aus der Versammlung.
In Neckarhausen: Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Jähringer Hof, Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
In Velten: Sonntag, den 28. Januar, vormittags 8 Uhr. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
In Kaiserslautern: Montag, den 29. Januar. Tagesordnung: 1. Die übergebliebenen Gegenstände von der Weihnachtsverlosung. 2. Verschiedenes.
In Waldheim: Montag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Schweizeral. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Bericht von der Gaukonferenz. 4. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 5. Neuwahlen. 6. Verschiedenes. — Einem zahlreichen Besuche seitens der Mitglieder steht entgegen.
In Gonnern: Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant zur goldenen Kugel, Große Freiheit 43. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes und Berichterstattung von der Gaukonferenz. — Die Beiträge müssen bis dahin beglichen sein.
In Gledern: Sonntag, den 4. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Herrn H. E. Tenhagen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden gebeten, alle pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
Quisburg: Die Kollegen werden ersucht, die noch rückständigen Beiträge vom alten Quartal bis spätestens Sonntag, den 28. Januar, zu begleichen und ihre Mitgliedsbücher an den 2. Bev. Heinz Kegel, Balzestr. 8, einzuliefern. Die Abrechnung muß am 29. Januar stattfinden und die alten Marken an den Vorstand eingefandt werden.
Torgau: Alle Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, werden ersucht, vor Annahme solcher sich zunächst mit dem 1. Bevollmächtigten in Verbindung zu setzen und zwar in ihrem eigenen als auch im Interesse der Allgemeinheit.

J. H. Koopmann, Bremen.

Von neuen Einfäulen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:
Vorstenland-Decker, 2. Länge Vollblatt, hell, zart, leicht, enorme Deckkraft, schneeweißer Brand, 220 Pfg.; **br. unne Farben** 160 Pfg. — **Borneo-Decker,** 2. Länge Vollblatt, von hellbrauner Farbe, ausprobierte Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, 200 Pfg.; **dicke Farben** 120 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, schneeweiß und flott brennend, 120, 150, 160, 180, 200, 220, 250 getigert, 300 bis 450 Pfg. — **Sumatra-Umblatt,** sehr leicht und zugfest, brennt als Decker weiß, 120 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker,** braune Farben, sehr ergiebig und schneeweiß brennend, 160, 130, 120 Pfg.; **Decker und Umblatt** 110 Pfg.; **reines Umblatt** 105, 100 Pfg.; **Umblatt und Einlage** 90, 85 Pfg.; **Einlage** 80, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 100, 90, 80, 75 Pfg. — **Jara-Cuba, Decker und Umblatt,** feinste Qualität 160 Pfg.; **Einlage** 120 Pfg. — **Domingo-Umblatt** 100, 90, 85, 80 Pfg. — **Carmen-Umblatt,** zart und breitblättrig, 100, 90 Pfg. — **Havanna,** große Original-Malotten, 85, 130, 150, 200, 250, 300, 450 Pfg. — **Mexiko** 130, 150, 300, 350, 400 Pfg. — **Loggut,** meist Umblatt, als: **Brasil, Java, Domingo, Seedleaf, Carmen, Havanna** 80 Pfg., **Paraguay** 80 Pfg.

Neue schmiedeeiserne Formenpressen
 inkl. Holzfuß und Drehbrett, mit unzerstörbarem Flachgewinde und Mutterverfährung 6.50 Mk., mit Spitzgewinde 5 Mk.

Gebrauchte Wickelformen
 sehr gut erhalten, als: schräge, halbschräge und gerade Fassons, 30 bis 100 Pfg. Schiffchen-Abdrücke hieron verleihe ich gratis und franco.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware pro Pfund 300 Pfg.
Zigarrenband, gelbe Halbseide pro 50 Weiterrolle 150 Pfg.
Tabakpreise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen
 Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Roh-Tabak-Versand. Ausnahme-Offerte.

St. Felix-Brasil, Ausarbeiter, meist Decke, 110 Pfg. per Pfund, bei 10 Pfund 105 Pfg.
f. Sumatra-Decke, 2. Länge Vollblatt, 2 Pfund Deckkraft, mittel bis hellbraun, 180 Pfg. per Pfund. — 2. Länge Stückblatt, 2 1/2 Pfund Deckkraft, 135 Pfg. per Pfund.
f. Java-Einlage 80 Pfg. per Pfund.
 Alle anderen Sorten preiswert.
 Fordern Sie Preiskurant.

H. C. A. Jensen
 Hamburg, Katharinenstrasse 43.
 Filiale: Ottensen, Kleine Rainstrasse 8.

Franz Metzler, Bremen

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.
 Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabellofen Brand und gute Qualität.
Loggut (Prima-Sortierung) von 75 Pfg. an
Sumatra-Decker, helle Farbe, tabell. Brand, gr. Deckkraft 160 " "
Sumatra-Umblatt 100 " "
Vorstenland-Decker, hellbraun, Deckkraft 2 Pfd. 170 " "
Java-Bezoeki, fein in Brand und Qualität 85 " "
Brasil, Felix von 85, 95 und 105 " "
Carmen, Seedleaf, Domingo, Umblatt und Einlage 85, 95 und 100 Pfg.
Cuba 130 Pfg., **Brasil, Decker** 150 Pfg., **Havana, Decker** 250 Pfg.
 Preise per Pfund verzollt, nur unter Nachnahme.

Neu etabliert **Rohtabak-Handlung** von **Heinr. Carl Rese jr.** Neu etabliert
 Bremen, Hansastrasse 205.
 Nach freundschaftlicher Uebereinkunft bin ich nach vollendeter 20-jähriger Tätigkeit aus der Firma Carl Rese ausgeschieden und habe mich unter obiger Firma neu etabliert.
 Meiner werten Kundschaft mache ich die Mitteilung, daß ich sämtliche Sorten Tabake im Anbruch und in Original-Packung zu billigsten Preisen führe und für reelle Bedienung bestens Sorge tragen werde.
 Bitte um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll **Heinr. Carl Rese jr.**

Umsonst u. franko sendet **Pracht-Katalog** herv. Neuheiten in Stahl-, Leder-, Gold-, Optik-, Spiel-, Musikw., etc., ca. 5000 Gegenst. enth. Sehr interessant! Jeden. Bitte zu verlang. Neuheit! Nur bei mir zu hab. D. B. G. M. 5-jähr. Garantie. Versand gr. Nachnahme oder bei **Fritzh. Hammersfahr** Fabrik u. Versandhaus, **Foche** Sollingen. vph. Kassa.
 Haarschneidemaschine „Perfekt“ M. 5.00
 Öl-Abziehsteine in Etui „Perfekt“ M. 2.50
 Briefmarken nehme in Zahlung.
 Beste Rasiermesser der Welt.
 Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extraverzinsungen. Nachdruck verboten.

Roh-Tabak
Sumatra-Decken-Absfall
 à Pfd. Mk. 1.00
 außergewöhnlich billig.
 Kredit nach Uebereinkunft.
 Größtes Lager in Widelformen.
W. Hermann Müller
 Berlin O., Magazinstr. 14.

Nicolaus Beck
 Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik
 Burg bei Bremen.
 Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Zedern- und Eichenholz und Ausfertigung fertig ausgestattet. Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Roh-Tabak
 en gros — en detail
Schütze & Kühne
 Leipzig
 Nürnberger Strasse 22.

Roh-Tabak.
 Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550 Pfg.
 Sumatra-Umblatt 115, 125, 130, 150 Pfg.
 Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 Pfg.
 Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 Pfg.
 Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 Pfg.
 Carmen, Domingo 85, 95, 110 Pfg.
 Cuba 100, 300. — Havanna 110, 125, 200, 300
 Mexiko-Decke (San Andres) 150, 400 Pfg.
 Pa. Loggut 80 Pfg., Paraguay 85, 150 Pfg.
 inländische Tabake 70, 75, 80 Pfg.
 Preise ausgenommen m. 3% Cassa-Scotto.
 Kredit nach Uebereinkunft.
 Wickelformen, neu, schr. Fassons, nur 160 Pfg.
 Utensilien, Rollbretter, Messer, Laak, Traganth, Band, Etiketten, Papier.
S. Hammerstein Filiale
 Vertreter: Gustav Boy
 Berlin N., Brunnenstr. 183.

Sumatra
 hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeinen St. Felix-Brasil nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt
Carl Roland, Berlin SO.
 Kottbuser Strasse 3a.

Heinrich Franck
 Berlin N., Brunnenstr. 185.
 Gegründet 1879.
Ausnahme-Offerte:
Havanna-Deck-Sur. 200 Pfg. verzollt riesig deckfähig, schneeweiß brennend.
Sumatra-Deck 200 Pfg. elegant Nichtbraun, feiner Geschmack.
Uckermarkter Losblatt nur 55 Pfg.
! Direkter Einkauf !
! Eigene Bearbeitung !
 Sämtliche Fabrik-Utensilien. — Ill. Kataloge gratis u. franco.

Albert Steen, Bremen.
Roh-Tabak zur Zigarren-Fabrikation.
 Schneeweiß und flott brennende **Sumatra-Decken** in großer Auswahl. Brasil, Java, Havanna, Mexiko, Vorstenlanden und Domingo in hochfeiner, tabelloser Beschaffenheit zu bekannt billigen Preisen.
Loggut 1a sehr blättrig, hochfeine Mischung, mit viel Felty u. Havanna 80 Pfg.
Loggut 2a blättrig und fein, schöne Mischung mit Havanna 75 Pfg.
 Versand gegen Nachnahme.

Roh-Tabak
 zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen
Hans Wittig, Bremen.
 Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Leon Weil, Speyer a. Rh.
 altbewährte reelle Bezugsquelle für
Rohtabake zur Zigarrenfabrikation
 offeriert unter Garantie für gute Qualität und guten Brand:
Sumatra-Decke von Mk. 1.50 an, **Vorstenlanden-Umblatt und Decke** von Mk. 1.20 an, **Domingo und Carmen** von 90—120 Pfg., **Brasil-St. Felix** von 85—140 Pfg., **Bfälzer und Bühlerthaler** von 65—80 Pfg.
 Preise verzollt. Postkolli unter Nachnahme.

! Roh-Tabake !
 und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei
L. Cohn & Co., Berlin N. 54
 Brunnenstrasse 24
 Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.
 Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.
Jede Fassung stets am Lager.
 Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

En gros. **Rohtabak** En détail.
F. W. Helmecke, Magdeburg.
 Grosse Auswahl! Billigste Preise!
 Preisliste gratis und franco.

Kaufmann & Co.
Rohtabakhandlung
 Bremen.

Hienfong Essenz
 extrastark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, tostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Formen-Offerte!
 Eine größere Anzahl Formen, große und kleine Fasson, wenig gebrauchte und ganz neue, hat billig abzugeben. Für Anfänger günstige Kaufgelegenheit.
Ch. Boger, Zigarrenfabrik Calmbach (Württemberg) bei Wildbad.

P. Andlauer
Schlettstadt, Elsass.
 Aus- u. inländische Zigarrentabake aller Art
Spezialität: Elsässer.
 Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher **Joh. Bernier** aus Wismar befindet, werden gebeten, seine Adresse dem Unterzeichneten so schnell als irgendmöglich zugehen zu lassen. Porto wird vergütet.
Johannes Ratjer, Neumünster Anicharstraße 8, bei J. Mehrens.

Wickelmachine, Pressen usw.
 gebraucht, werden zu kaufen gesucht. Gest. Offerten unter J. N. durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

Achtung!
 Unserer Kollegin **Luise Mende** und ihrem Bräutigam zu ihrer am 27. Januar stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Luise, laß Dich ja nicht lumpen, und wenn Du gleich mußt pumpen. Die Wickelmacherinnen der Firma Aug. Peter in Ohlau.
 Unserem Freund und Kollegen **Albert Sellentin** zu seinem am 28. Januar stattfindenden 19-jährigen Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch.
 Die Radetten, Deine Freunde.

Unseren Kollegen **Ernst Böhm** und **Fritz Meide** zu ihrem Wiegensfest ein 9999mal donnerndes Hoch.
 Die Kollegen der **Wanfelder Zählstelle.**

Codes-Anzeige.
 Am 18. Januar starb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 85 Jahren unser bisheriger 1. Bevollmächtigter, der Zigarrenmacher **Paul Lietz**, an der Verursachtheit.
 Leicht sei ihm die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der **Zählstelle in Pommern.**

Briefkasten.
J. N., Neumünster 80 Pfg. — **Koll., Ohlau** 1 Mk. — **E. S., Wolgast** 50 Pfg. — **H. G., Wanien** 40 Pfg. — **H. P., Die Apotheke von Dr. Willmar Schwabe** befindet sich in Leipzig, Querstraße 3.

Zur Information des neuen Statuts.

III.

Meldepflicht.

Im § 4 wird für die Mitglieder die Pflicht ausgesprochen, sich bei den Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle abzumelden, wenn sie ihren Wohnort verlassen resp. abreisen oder zum aktiven Militärdienst einberufen werden und sich bei den Bevollmächtigten derjenigen Zahlstelle, wo sie in Arbeit treten oder wohin sie ihre Beiträge zahlen wollen, anzumelden. Die Abmeldung muß, bevor die Abreise angetreten oder der Eintritt in den aktiven Militärdienst vollzogen wird, erfolgen, während die Anmeldung innerhalb einer Woche, vom Tage der Zureise oder vom Tage der Rückkehr aus dem aktiven Militärdienst an gerechnet, erfolgen muß. Ebenso haben die Mitglieder, die aus der Untersuchungs- resp. Gefängnishaft entlassen werden, sich innerhalb einer Woche bei den Bevollmächtigten derjenigen Zahlstellen anzumelden, wo sie ihre Beiträge entrichten.

Auch besteht für Mitglieder, die ins Ausland reisen, die Pflicht, sich entweder bei den Bevollmächtigten der Zahlstelle, wo sie zuletzt ihre Beiträge entrichteten, oder wo sie eventuell die letzte Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt erhalten, abzumelden.

Die An- und Abmeldungen sind seitens der Bevollmächtigten ins Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes einzutragen.

Diese Meldepflichten sind erforderlich und sollten von den Mitgliedern pünktlich befolgt werden im Interesse einer ordentlichen Geschäftsführung. Vielfach geschieht dies aber nicht. Um die erforderliche Ordnung herzustellen resp. aufrecht zu erhalten, schreibt der § 4 vor, daß solche Mitglieder, die diesen Meldepflichten nicht nachkommen, in jedem einzelnen Falle 1 Mk. Strafe zahlen müssen.

Die Fälle selbst, wo der ausgesprochenen Meldepflicht nicht genügt wird, sind seitens der Bevollmächtigten dem Vorstande zu melden, der dann die eventuellen Strafen verhängt und im Tabak-Arbeiter publiziert. Die Bevollmächtigten tun gut, wenn sie sich diese Publikationen aufbewahren und merken, und insoweit ein Strafe zu zahlen, das Mitglied in ihrer Zahlstelle auftaucht oder sich befindet, das zu zahlende Strafgeld von dem bestraften Mitgliede einzufordern suchen.

Zahlt ein bestrafte Mitglied das über ihn verhängte Strafgeld nicht, so ist seitens der Bevollmächtigten dem Vorstande davon Nachricht zu geben, der dann die im Statut vorgeschriebenen Maßnahmen zu ergreifen hat. Gezahlte Strafelder sind dagegen bei Nennung des Namens des Mitgliedes in die folgende Quartalsabrechnung zu stellen.

Verhängte Strafelder sind laut Statut innerhalb vier Wochen nach der Bekanntmachung im Tabak-Arbeiter zu entrichten, widrigenfalls Streichung des Mitgliedes aus der Verbandsliste erfolgt.

Für Mitglieder, die ins Ausland reisen, besteht weiter die Bestimmung, daß sie sich im Auslande einer dort auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation anschließen müssen, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, bei ihrer Rückkehr nach Deutschland aus dem Verbande ausgeschlossen zu werden. Diese Bestimmung nimmt Bezug auf Fälle, wo Mitglieder ins Ausland (Belgien, Dänemark, Holland) reisen, dort eine geraume Zeit sich aufhielten und in dieser Zeit sich ihrer Pflichten der Bewegung gegenüber entzogen und dann bei gelegentlicher Zurückkehr nach Deutschland in bezug auf die Unterstützungen ihre vermeintlichen Rechte ausgiebig zu genießen dachten. Diesem Zustande mußte gesteuert werden.

Zu den Organisationen, die als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten sind, gehören einmal die ausländischen Tabakarbeitsorganisationen in Belgien, Dänemark, England, Holland, Luxemburg, Norwegen und Schweden, die der internationalen Vereinigung sich angeschlossen haben, sowie solchen Organisationen im Auslande, außer in den benannten Ländern, die zu dem Zwecke gegründet sind, die Interessen der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen der kapitalistischen Ausbeutung gegenüber zu vertreten. Mitglieder in Ländern, wo solche Organisationen nicht bestehen, können unserm Verbande weiter angehören.

Der letzte Absatz im § 4 enthält noch die Bestimmung, daß Mitglieder, die zu einem anderen Berufe als dem der Tabakbranche übergehen, ihrer Mitgliedschaft nicht verlustig gehen. Es soll dies heißen, daß ein solches Mitglied aus dem Verbande nicht auszutreten braucht. Angesichts der erworbenen statutarischen Rechte, wie sie der Verband den Mitgliedern bietet und die in allen Verbänden nicht erworben werden können, war diese Schutzbestimmung geboten resp. erforderlich.

Vor einer Reihe von Jahren galt eine Bestimmung, wonach Mitglieder, die zu einem anderen Berufe übergingen, auch aus dem Verbande austreten mußten. Man schuf deshalb im Verlauf der letzten Jahre, in welcher Zeit das Unterstützungsweisen im Verbande immer mehr ausgebaut und ausgedehnt wurde, die weitere Bestimmung, wie sie der letzte Absatz im § 4 enthält, daß Mitglieder, die durch die frühere Fassung des Statuts ihrer Mitgliedschaft verlustig gegangen sind, dieselbe wieder erwerben können.

Verbandsorgan.

Im § 5 des Statuts wird den Mitgliedern das Recht statuiert, allwöchentlich das Verbandsorgan unentgeltlich beziehen zu können. Dieses Recht wird allerdings insofern aufgehoben, als in Fällen, wo Mann und Frau resp. mehrere Familienmitglieder dem Verbande angehören, der Verband verpflichtet ist, nur ein Exemplar des Organs unentgeltlich liefern zu müssen. Ob

die Mitglieder das Organ ins Haus geliefert bekommen sollen, oder ob sie es sich von den Bevollmächtigten abholen müssen, bestimmen die Mitglieder jedes Ortes selbst im Einverständnis mit dem Vorstande. Die Bevollmächtigten sind verpflichtet, vor Ablauf eines jeden Monats, soweit sie für den kommenden Monat mehr oder weniger Exemplare des Organs für die Zahlstelle benötigen, beim Vorstande oder bei der Expedition des Organs in Leipzig die Neubestellung zu machen.

Durchreisende Mitglieder und Mitglieder, welche im Laufe eines Monats zureisen oder sich erst aufnehmen lassen, so bestimmt der § 5 weiter, haben nur dann ein Recht auf das Organ, wenn zurzeit überflüssige Exemplare noch vorhanden sind. Recht zweckmäßig werden die Bevollmächtigten handeln, wenn sie eine nicht zu kleine Anzahl Exemplare des Organs für die Zahlstelle allmonatlich beziehen.

Rechtsschutz.

Obwohl der § 6 nicht erst neu geschaffen worden ist und recht präzise lautet, kommen doch immer Fälle vor, wo auf Rechtsschutz angetragen wird, diese Anträge aber seitens des Vorstandes abgelehnt werden müssen, weil die Fälle in gar keinem inneren Zusammenhange stehen mit jenen Fällen, wie sie das Statut vorsieht. Der wesentlichste Teil des § 6 lautet:

„Der Vorstand ist berechtigt, einem Mitgliede, das dem Verbande ununterbrochen 26 Wochen angehört und mindestens 26 Beiträge entrichtet hat, Rechtsschutz in Streitigkeiten nach § 1 Absatz 1 zu gewähren.“

Hiernach bestimmt demnach der Absatz 1 im § 1 des Statuts, für welche Streitigkeiten eventuell Rechtsschutz zu gewähren ist. Man beachte ihn deshalb genau, sobald diesbezügliche Anträge vorliegen, die dem Vorstande zur Beschlussfassung eingereicht werden. Er besagt, daß Rechtsschutz gewährt werden kann in Streitigkeiten, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis und der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung entstanden sind. Andere Streitigkeiten vom Beispiel, wie solche persönlicher Natur, werden daher keine Berücksichtigung finden können.

Mitglieder, die in solche vom Statut bezeichneten Streitigkeiten geraten, haben, wenn sie Rechtsschutz beantragen, diesbezügliche Anträge bei den Bevollmächtigten derjenigen Zahlstelle einzureichen, in welcher sie ihre Beiträge entrichten. Seitens der Bevollmächtigten ist dann ein objektiver schriftlicher Bericht anzufertigen, der die Ursachen des Streitfalles behandelt, und nebst dem Antrage auf Bewilligung von Rechtsschutz dem Vorstande zu übermitteln. Für Mitglieder, die an einem Orte arbeiten und wohnen, wo keine Zahlstelle existiert, haben bei event. Fällen die verlangte notwendige Schilderung selbst anzufertigen und mit dem Antrage, Rechtsschutz zu gewähren, dem Vorstande einzureichen. Der Vorstand entscheidet dann nach Lage der Sache, ob der beantragte Rechtsweg beschritten werden soll.

Streikunterstützung.

Die Unterstützung an streikende und ausgesperrte Mitglieder regelt der § 7 des Statuts. Sobald ein Streik oder eine Aussperrung vom Vorstande zur Verbandsache gemacht ist, ist auch zugleich die Unterstützung, die der Verband bezahlt, als beschlossen zu betrachten. Sie, die Unterstützung, wird dann gezahlt nach den Bestimmungen des Absatz 2 im § 7, der wörtlich lautet:

„Die Streikunterstützung an die dem Verbande 26 Wochen ununterbrochen angehörenden Mitglieder wird in Höhe des in den letzten vier vollen Arbeitswochen durchschnittlich erzielten Wochenverdienstes gezahlt, mit der Maßgabe, daß im Höchstfalle die Unterstützung für verheiratete männliche Mitglieder 12 Mk., für alle ledigen männlichen Mitglieder 10.50 Mk. und für alle weiblichen Mitglieder 9 Mk. pro Woche nur betragen darf. An Unterstützung für Kinder, zu deren Ernährung der Streikende verpflichtet ist, zahlt der Verband à 50 Pfg. pro Woche.“

Der Inhalt dieser vorstehenden Bestimmung ist nun so zu verstehen, daß einmal zum Bezuge der Streikunterstützung eine 26wöchige ununterbrochene Mitgliedschaft erforderlich ist, und daß die Unterstützungssätze für gewöhnlich für verheiratete männliche Mitglieder 12 Mk., für ledige männliche Mitglieder 10.50 Mk. und für weibliche Mitglieder 9 Mk. pro Woche betragen, jedoch mit der Einschränkung, daß diejenigen Mitglieder, die bis zum Streik resp. Aussperrung in den unmittelbar vorausgegangen vier vollen Arbeitswochen durchschnittlich pro Woche weniger verdient haben, wie vorstehende Unterstützungssätze ausmachen, nur so viel an Unterstützung erhalten, wie sie verdient haben.

Um den durchschnittlich erzielten Wochenverdienst festzustellen, erhalten die am Streik Beteiligten je einen Fragebogen, den sie gewissenhaft auszufüllen haben. Diese ausgefüllten Fragebogen, die auch in bezug auf den erzielten durchschnittlichen Wochenverdienst der letzten vier vollen Wochen Fragen enthalten, sind dann an die zur Streikführung bestimmte Streikleitung oder an die Bevollmächtigten, wenn diese den Streik führen, abzugeben. Die Beantwortung der gestellten Fragen sind einmal auf ihre Richtigkeit hin von der Streikleitung zu prüfen und nach event. Richtigstellung auf die eigentliche Streikmitgliederliste zu übertragen.

Zur Feststellung des durchschnittlich erzielten Wochenverdienstes möge man sich an folgenden Beispielen eine Richtschnur nehmen:

Angenommen, ein am Streik beteiligtes verheiratetes männliches Mitglied hat in den dem Streikfalle vorausgegangen vier Arbeitswochen zusammen 60 Mk. verdient und zur Erlangung dieses Verdienstes volle 24 Arbeitstage gebraucht, so beträgt der durchschnittliche Wochenverdienst 15 Mk. Diesen Wochenverdienst erhält man,

wenn man die 60 Mk. auf 24 Tage verteilt und den herauskommenden Tagesteil resp. -Verdienst mit 6 multipliziert: $60.00 : 24 \text{ Mk.} = 2.50 \text{ Mk.} \times 6 = 15.00 \text{ Mk.}$

Ein anderes Beispiel:

Angenommen, ein am Streik beteiligtes verheiratetes männliches Mitglied verdient in den dem Streik vorausgegangen vier Arbeitswochen 40 Mk. und arbeitete in den vier Wochen 20 Tage, so beträgt der durchschnittliche Wochenverdienst $40 \text{ Mk.} : 20 = 2 \text{ Mk.} \times 6 = 12 \text{ Mk.}$

Solche verheiratete männliche Mitglieder, die volle 12 Mk. und auch mehr verdienen, erhalten eine Streikunterstützung in Höhe von 12 Mk. die Woche, verheiratete männliche Mitglieder aber, die unter 12 Mk. die Woche verdienen, erhalten nur die Unterstützung in Höhe des von ihnen erzielten durchschnittlichen Wochenverdienstes als Streikunterstützung.

In derselben Weise und nach denselben Grundsätzen sind die Unterstützungssätze für die ledigen männlichen Mitglieder und für die weiblichen Mitglieder zu berechnen und auszuführen.

Außer diesen Unterstützungssätzen erhalten die Streikenden für Kinder, zu deren Ernährung sie verpflichtet sind, noch 50 Pfg. pro Kind hinzugezahlt pro Woche. Unter Kinder, zu deren Ernährung der Streikende verpflichtet ist, versteht man solche Kinder, die von den Streikenden ernährt werden und die das 13. resp. 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; das 13. Lebensjahr gilt dort als allgemeine Grenze, wo mit dem 13. Jahre die Schulpflicht endet. Allgemein gilt der Vater als Ernährer und berechtigter Empfänger der eventuellen Unterstützung für Kinder. In Fällen, wo der Vater verstorben ist oder wo der Vater sich um die Ernährung der Kinder nicht kümmert, also von der Familie getrennt lebt, erhält die Mutter die Unterstützung für die Kinder als Zuschuß zu ihrer Streikunterstützung.

Streiks resp. Aussperrungen zur Verbandsache zu machen, gehört nach dem neuen Statut zur Kompetenz des Vorstandes.

Gemäßregelte Unterstützung.

Die Unterstützung an gemäßregelte Mitglieder wird, wie der § 8 des Statuts bestimmt, in gleicher Höhe und nach gleichen Grundsätzen gezahlt, vorbehaltlich der 26wöchigen Mitgliedschaft, die nicht erforderlich ist, und berechnet, wie sie Geltung haben für streikende resp. ausgesperrte Mitglieder.

Welche Fälle als Maßregelung anzusehen sind, ist schwer zu präzisieren. Allgemein wird das Mitglied als gemäßregelt gelten können, das nachweislich deshalb entlassen wurde, weil es besonders im Einverständnis der Verbandsmitglieder die Interessen des Verbandes vertrat oder bei welchem anzunehmen ist nach den obwaltenden Umständen, daß die Entlassung im engen Zusammenhange mit der Verbandsstätigkeit des betreffenden Mitgliedes steht. Ein Antrag, ein aus der Arbeit entlassenes Mitglied als gemäßregelt anzusehen, ist zunächst den Mitgliedern am Orte in einer Mitgliederversammlung zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten. Nachdem dies geschehen, ist der Antrag mit einem objektiven Bericht versehen, der den ganzen Vorgang schildert und der die Meinung der Mitglieder enthalten muß, dem Vorstande einzusenden, der dann entscheidet, ob das betreffende Mitglied als gemäßregelt anerkannt werden soll.

Bremen.

Der Vorstand.

Gewerkchaftliches.

Schönlank. Der Bezug ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran zirka 160 Personen beteiligt sind.

Kreitscha (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird nach hier um Fernhaltung des Bezugs gebeten.

Zu Raftved auf Seeland ist infolge von Lohnstreitigkeiten ein Tabakpinnerstreik ausgebrochen. Wir ersuchen die deutschen Tabakpinner, keine Stellung nach dorthin anzunehmen, falls sich Agenten an sie heranmachen wollen.

Interkonfessionelle Bekämpfung der freien Gewerkschaften. Das Eichsfeld ist zurzeit der Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen den beiden Richtungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der von den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auf dem Eichsfelde unternommenen Agitation tritt die katholische Geistlichkeit des Eichsfeldes entschieden entgegen, obwohl die höchsten kirchlichen Würdenträger, darunter der Erzbischof von Köln und der Bischof von Baderborn, zu dessen Sprengel auch das Eichsfeld gehört, sich für die christlichen Gewerkschaften erklärt haben. Mit verschwindenden Ausnahmen unterstützt die katholische Geistlichkeit hier die sogenannte „Berliner Richtung“, d. h. die katholisch-konfessionelle Arbeiterorganisation. In einer zu Worbis im Eichsfeld veranstalteten Versammlung der christlichen Gewerkschaften versuchte Kaplan Windolph-Worbis eine Brücke zum Frieden zu bauen, indem er vorschlug, daß diejenigen eichsfeldischen Arbeiter, welche in die Industriebezirke abwandern, dort den christlichen Gewerkschaften beitreten, daß letztere aber dafür ihre weitere Agitation auf dem Eichsfelde einstellen. Der Vorschlag fand indes keinen Beifall, die Versammlung stimmte vielmehr den Hauptrednern des Tages zu, welche ausführten, daß eine konfessionelle Trennung der auf christlichem Boden stehenden Arbeiter ein Übel sei und nur der Sozialdemokratie zugute komme. Für die christlichen Gewerkschaften wurden trotz des Einpruchs des Kaplans zahlreiche neue Anhänger gewonnen. Das ist um so bemerkenswerter, als der Einfluß des Klerus auf das Volk hier sonst ein sehr starker ist.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905.
Die Gewerkschaftskommission Österreichs hat soeben ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 veröffentlicht. Eine genaue Mitgliederstatistik liegt noch nicht vor, aber aus dem Massenbericht ist ersichtlich, daß auch im letzten Jahre wieder ein bedeutender Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen ist. An Monatsbeiträgen nahm die Gewerkschaftskommission 59 885 Kronen ein; es ist das eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre von 16 458 Kronen und entspricht einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 166 347. Das ist eine Zunahme von 45 700 zahlenden Mitgliedern. An Streikgeldern wurden im Jahre 1905 durch die Gewerkschaftskommission 114 569 Kronen ausgegeben.

Konferenzbericht des 8. Gaus.

Die Konferenz tagte am Sonntag, den 7. Januar, im Kleinen Storchenteller zu Speier.

Tagesordnung:

1. Reorganisation des Verbands; Referent: A. Anne,
2. Berichterstattung aus den einzelnen Zahlstellen.
3. Wie organisieren wir? Referent: R. Obert.
4. Die drohende Tabaksteuer und ihre Gefahr für das gesamte Gewerbe; Referent: S. Krohn.

Zu Vorsitzenden wurden J. Krohn-Speier und Obert-Mannheim und zu Schriftführern Deß-Ladenburg und Kopp-Oftersheim gewählt.

Obert-Mannheim stellt zur Tagesordnung den Antrag: den 2. Punkt als 1. Punkt der Tagesordnung zu setzen; der Antrag fand Annahme.

Die Präsenzliste ergab, daß 23 Orte mit 26 Delegierten vertreten waren. Ebingen war nicht vertreten. Ferner waren zwei Orte, an denen sich noch keine Zahlstelle befindet, vertreten, und zwar die Orte Zweibrücken und Beierthal.

Die Berichterstattung erfolgte nach der Festsetzung der Präsenzliste.

Dörzapf-Ebenkoben: Am Orte sind 38 Tabakarbeiter; der Durchschnittslohn für Roller beträgt 4.80 Mk. pro Mille, für Widelmacher 1.80—2.20 Mk.

Feitsh-Jugonheim: Am Orte beschäftigt sind 48 Arbeiter. Davon sind 8 organisiert. Der Durchschnittslohn pro Woche beträgt für männliche 13—14 Mk., für weibliche 6—7 Mk.

Gaag-Haßloch: Hier sind 58 Tabakarbeiter, hiervon organisiert 9. Arbeitslohn für Roller 3.20—6 Mk. pro Mille, für Widelmacher 1.80—2.50 Mk.

Kieder-Herrheim: Am Orte sind 600 Tabakarbeiter. Organisiert sind hiervon 30. Der Arbeitslohn beträgt pro Mille 4.80—6.50 mit Widel. Der Wochenlohn für männliche ist von 6 und 9—16 Mk.; für weibliche 4—8 Mk. Als Heimarbeiter sind 15 Mann beschäftigt, die ihre Widel in der Fabrik abholen. Die Gesundheitsverhältnisse am Platze sind schlechte zu nennen. Ferner sind in der Umgegend von Herrheim noch zirka 1500 Tabakarbeiter beschäftigt.

Forsch-Kaiserslautern: Tabakarbeiter sind hier 800, die meisten hiervon sind weibliche. Organisiert sind 93. Der Durchschnittslohn pro Mille mit Widel beträgt 5—8 Mk.; Rollerlohn 3.40—5 Mk.; für Widel 1.50—1.80 Mk. Für Sortierer ist die Bezahlung ebenso schlecht.

Chwab-Laden: Beschäftigt sind 60 Arbeiter, davon organisiert 14. Durchschnittslohn für männliche 14—16 Mk. die Woche; für weibliche 6—8 Mk. Der Arbeitslohn pro Mille beträgt für Roller 3.50—4 Mk., für Widelmacher 1.90—2 Mk.

Sollma-Ogersheim: Hier sind 64 Arbeiter, 27 männliche, 27 weibliche, 7 Sortiererinnen, 3 Zuchtler. Der Durchschnittslohn beträgt für männliche 11 Mk., für weibliche 9 Mk., für die Sortierer 12 Mk. pro Woche und für Widelmacher 6.50 Mk. Der Rollerlohn beträgt pro Mille 4—5.10 Mk., für Widel 2—2.20 Mk. Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden.

Deß-Ladenburg: Tabakarbeiter sind hier insgesamt 174 beschäftigt; 54 männliche, 120 weibliche; organisiert sind 37, männliche 10, weibliche 27. Der Arbeitslohn für Roller beträgt 3.70 bis 8 Mk. pro Mille. Die meisten Arbeiten schwanken zwischen 4 und 5 Mk.; für Widel von 1.80, 2.20—3.50 Mk. Der Durchschnittslohn beträgt für männliche 14—17 Mk. pro Woche; für Widelmacher 6—9 Mk.; Sortierer 8—11 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden.

Wienzes-Speier: Hier bestehen 4 Fabriken. Beschäftigt sind 1150 Arbeiter; organisiert 47 männliche, 336 weibliche. Der Arbeitslohn beträgt pro Mille mit Widel 6.50—12 Mk. Durchschnittslohn für männliche Arbeiter 15—18 Mk., für weibliche Rollerinnen 10—15 Mk., Tagelöhner 15—21 Mk., Widelmacher 6—12 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Ferner wird noch berichtet, daß 100 Sortiererinnen beschäftigt sind. Die Bezahlung ist von 45 Pfg. bis 1.10 und 2 Mk. pro Mille. Der Durchschnittslohn beträgt 12—16 Mk. Die Behandlung der Arbeiter ist im allgemeinen eine gute zu nennen.

Jung-Mühlheim: Tabakarbeiter sind hier 300 beschäftigt, 35 männliche, 265 weibliche. Organisiert sind 17. Durchschnittslohn für männliche Arbeiter 12—15 Mk., für Rollerinnen 8—12 Mk., für Widelmacher 5—7 Mk. pro Woche. Jung hofft, der Gauleiter werde bessere Erfolge haben und wünscht überhaupt eine bessere Agitation.

Illrig-Hochhausen: Hier sind beschäftigt 21 männliche, 20 weibliche Arbeiter. Organisiert sind 6 männliche, 1 weibliche. Der Arbeitslohn beträgt mit Widel 5.30—5.80, 7 und 8 Mk. pro Tausend; der Rollerlohn 3.80—5 Mk. pro Mille. Durchschnittslohn pro Woche für männliche Arbeiter 9—10 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Die Schuld an dem geringen Verdienst ist, daß lauter schlechtes Material verarbeitet wird.

Ritus-Hoffheim: Am Orte sind 120 Arbeiter beschäftigt; organisiert sind 27. Der Rollerlohn ist pro Mille 3.50—4.30 Mk.; Durchschnittslohn 8—15 Mk. die Woche. Für Widel wird bezahlt 1.50—2.30 Mk. pro Mille; Ripper erhalten 7—8 Pfg. pro Kilo.

Zitich-Reimen: Hier sind 480 Tabakarbeiter, davon sind 42 in unserem Verbandsorganisiert; 38 gehören dem Hirsch-Dunderstein an. Der Arbeitslohn beträgt mit Widel 6—9 Mk. pro Mille; Wochenlohn im Durchschnitt 11—16 Mk. für Roller, für Widelmacher 5—6 Mk., bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden täglich.

Burgert-Neulshheim: Beschäftigt sind hier 600 Tabakarbeiter, davon organisiert 25. Lohn mit Widel 5.80—7 Mk. pro Mille; Durchschnittslohn 10—12 Mk. für männliche und 7—10 Mk. für weibliche Arbeiter die Woche.

Brunh-Redarhausen: Am Orte sind 160 Tabakarbeiter beschäftigt. Organisiert sind 31 männliche und 4 weibliche. Der Rollerlohn beträgt 3.50—5.50 Mk. pro Mille; für Widelmacher 1.80—2.50 Mk. pro Mille.

Beier-Rußloch: Wir haben 720 Tabakarbeiter am Orte; organisiert sind 9, 3 männliche, 6 weibliche. Der Arbeitslohn beträgt für Formenarbeit mit Widel 5—12 Mk., für Handarbeit 12—18 Mk. pro Tausend. Durchschnittsverdienst für männliche Arbeiter 12—18 Mk., für weibliche 7—9 Mk., für Sortierer 9 bis 12 Mk. pro Woche.

Kopp-Oftersheim: Hier sind 187 Arbeiter beschäftigt, 29 männliche, 108 weibliche. Organisiert sind 14 männliche, 31 weibliche. Arbeitslohn beträgt pro Mille mit Widel 6—11 Mk. Handarbeit 12 Mk.; Durchschnittslohn von 11—12 Mk. die Woche.

Saller-Sandhofen: Tabakarbeiter haben wir 200 zu verzeichnen. Organisiert sind 18, 10 männliche, 8 weibliche. Der Lohn beträgt mit Widel 5.50, 8—12 Mk. pro Tausend.

Kreßschmar-Sedenheim: Am Orte sind 130 Tabakarbeiter, 60 männliche, 70 weibliche; organisiert sind 20. Der Rollerlohn beträgt 3.20—5.40 Mk., für Widel 1.80—2.50 Mk. Der Durchschnittslohn ist 12—15 Mk. für männliche und 6—7 Mk. für weibliche Arbeiter.

Gichhorn-Schweyngen: Wir haben 125 Tabakarbeiter, davon sind 83 organisiert, 27 männliche, 56 weibliche. Lohn mit Widel 6—9 Mk. pro Tausend. Verdienst pro Woche für männliche 15—18 Mk., für weibliche 10—15 Mk., für Widelmacher 6—9 Mk.

Kübler-St. Ngen: Hier sind 250 Tabakarbeiter, davon sind organisiert in der freien Gewerkschaft 21, Hirsch-Dunder 39 und Christliche 16. Der Lohn pro Mille beträgt mit Widel 5.80, 9, 10—14 Mk. Durchschnittslohn für männliche 13—20 Mk., für weibliche 9—12 Mk. pro Woche.

Bersch-Wiesloch: Hier sind 237 Arbeiter beschäftigt, davon sind 14 organisiert. Der Durchschnittslohn beträgt pro Woche für weibliche 5.10 Mk., für männliche 10—12 Mk. Arbeitslohn wird gezahlt mit Widel 6—9 Mk. pro Tausend.

Obert-Mannheim: Es muß besonders betont werden, daß über 80 Firmen hier zu verzeichnen sind, die insgesamt zirka 17 Arbeiter beschäftigen, so daß man ruhig sagen kann, daß die Zigarrenmanufaktur in Mannheim auf dem Aussterbeort steht. Der Lohn beträgt, da nur Handarbeit daselbst gemacht wird, 16—20 Mk. pro Mille, dabei wird jedoch nur ein Durchschnittsverdienst von 16—18 Mk. pro Woche erzielt.

Dreßchau-Zweibrücken: 170 Tabakarbeiter sind hier beschäftigt; organisiert 1. Der Arbeitslohn für Widel beträgt 1.80 bis 2.50 Mk. pro Mille, für Zigarren 4—7 Mk.; Durchschnittslohn pro Woche 13—17 Mk. Auch habe der Verband dort schon einmal bestanden.

Münch-Beierthal: Hier sind 300 Tabakarbeiter beschäftigt, der Durchschnittslohn für männliche Zigarrenarbeiter beträgt 10—12 Mk., für weibliche 7—10 Mk., für Widelmacher 3—6 Mk. die Woche.

Krohn gibt einen kurzen Ueberblick über die Berichte der Delegierten und spricht sich dahingehend aus, daß wir ein großes Arbeitsfeld vor uns hätten, das nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten und tatkräftige Agitation für den Deutschen Tabakarbeiterverband zu bearbeiten sei, damit die tieftraurige Lage gehoben werden könne.

Da die Zeit ziemlich vorgeschritten war, fragt der Vorsitzende an, ob die Mittagspause eintreten solle.

Kollege **Deß** stellt den Antrag, daß vor Eintritt der Mittagspause der juristische 1. Punkt noch erledigt werden sollte; mit der Diskussion aber bis zur Nachmittagsverhandlung zu warten. Da kein Widerspruch erfolgte, so wurde in der Tagesordnung weitergeführt. Es erhielt zunächst

Kollege **Anne-Speier** das Wort. Er ging zunächst auf die Leipziger Generalversammlung und auf die in derselben gefaßten Beschlüsse ein. Besonders erwähnte er, daß die Kritik über das Verhalten der Delegierten zu den Beschlüssen der Generalversammlung etwas zu weit geführt worden sei. Man sollte doch bedenken, daß der Verband nicht nur als Unterstützungsstelle zu betrachten sei, sondern man müsse doch auch bestrebt sein, denselben als Kampforganisation immer mehr auszubauen, und dazu seien unbedingt größere Summen erforderlich. Die Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. könne das nicht erwirken, es mußte daher die Unterstützung noch reduziert werden. Er führte kurz die Bilanz von verfloßenen Jahre an. Die Hauptschuld, daß die Krankenunterstützung noch reduziert werden mußte, trage die Dresdner Generalversammlung, die dieselbe, im Gegensatz zur Beitragsleistung, viel zu hoch angelegt habe. Auch erwähnte er die Gauleiterfrage und betonte, daß man auf der Konferenz in Karlsruhe nicht besonders erwähnt war für Gauleiter, dagegen sei man auf der Generalversammlung anderer Meinung geworden. Anne erklärt die Tätigkeit der seither bestehenden Ortskommissionen für nicht ausreichend. Es sei daher Pflicht jedes einzelnen, in tatkräftiger Weise den jetzigen Gauleiter zu unterstützen. Zum Schluß empfiehlt Anne eine Resolution zur einstimmigen Annahme.

Schluß der Vormittagsitzung 1 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Zunächst wurde in die Diskussion über die beiden ersten Punkte eingetreten, welche eine lebhafte Debatte nach sich zogen. Deß betonte, daß er immer noch seine Aussagen, die im Tabakarbeiter vom 3. Dezember veröffentlicht wurden, hochhalten müsse, aus dem Grunde, daß verschiedene Beschlüsse der Generalversammlung ungerade seien, was für den Verband nur zum Nachteil gereichen kann.

Gichhorn-Schweyngen schneidet die Gauleiterfrage an und betont, daß er selbst nichts gegen die Person des Gauleiters einzuwenden habe, aber er sei der Meinung, daß man doch einen süddeutschen Kollegen hätte berücksichtigen müssen, aus dem Grunde, weil er schon im voraus mit den Verhältnissen besser vertraut gewesen wäre. Es sei auf der Generalversammlung zu Leipzig auch der Wunsch ausgesprochen worden, einen süddeutschen Kollegen zu berücksichtigen, was aber von seiten des Hauptvorstands nicht beachtet worden sei. Er verpörricht aber, trotzdem den Gauleiter in jeder Beziehung zu unterstützen. Ferner schilderte er noch das Verhalten einiger Meister in Hohenheim bei der Sammlung von Geldern zur Bekämpfung der Tabaksteuerborlage. An der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen **Kopp-Oftersheim**, **Krohn-Speier**, **Obert-Mannheim** und **Nieder-Herrheim**; sie sprechen sich zum Teil für die Beschlüsse der Generalversammlung, zum Teil aber gegen dieselben aus. Anne ermahnte nochmals, in tatkräftiger Weise für den Verband weiterzuarbeiten und empfahl eine Resolution, die dahin lautete, sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden zu erklären.

Kollege **Deß** spricht gegen dieselbe in dieser Fassung und stellt einen Zusatzantrag, welcher auch mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen wurde. Die Resolution erhielt folgende Fassung und wurde auch mit allen gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die heutige Konferenz für den 8. Gau des Deutschen Tabakarbeiterverbands erklärt sich mit den Beschlüssen der 12. Generalversammlung, welche im Oktober 1905 in Leipzig tagte, nicht ganz einverstanden, verspricht aber in vollem Umfang und mit aller Kraft für den Verband weiter zu agitieren zur Hebung der Tabakarbeiter aus geistiger und wirtschaftlicher Unterdrückung.“

Zum 3. Punkt: Wie organisieren wir?, erhielt Kollege **Obert-Mannheim** das Wort. Er ging in ausführlicher Weise auf die Verhältnisse der entlegenen Ortschaften, sowie auf das Verhalten dieser Bewohner gegenüber der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ein. Er betonte, daß er aus eigener Erfahrung Gelegenheit gehabt und herausgefunden habe, daß die größten Hemmnisse den freien Gewerkschaften von der Geistlichkeit in den Weg gelegt werden. Man will die Arbeiter dem Unternehmertum als willenloses Ausbeutungsobjekt zuführen. Es sei daher leicht verständlich, daß unter den gegebenen Umständen schwerer Eingang bei den Tabakarbeitern zu finden sei. Er empfiehlt, besonders die Hausagitation zu betreiben, vor allem aber spricht er den Wunsch aus, unseren Gauleiter in tatkräftiger Weise zu unterstützen. Dem Redner wurde allgemeiner Beifall zuteil. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege **Krohn** über: Die drohende Tabaksteuer und ihre Gefahr für das gesamte Gewerbe. Redner verstand es, in klarer und treffender Weise die schlechte Finanzwirtschaft, die seit drei Jahrzehnten im Deutschen Reich Platz gegriffen hat, der Konferenz vor Augen zu führen. Er schilderte die Politik Bismarcks und seiner Nachfolger bis zum heutigen Tage; dann ging er auf die Geschichte des Tabaks ein. Es sei anzunehmen, daß die Regierung darauf

ausgehe, die gesamte Tabakindustrie zu monopolisieren. Aus diesen Gründen sei es daher Pflicht jedes Tabakarbeiters, mitzuwirken durch Protestkundgebungen; vor allem aber können sich die Arbeiter dadurch sichern und ihr gutes Recht zur Geltung bringen, wenn sie in Massen dem Deutschen Tabakarbeiterverband beitreten. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen gezollt. Hierauf unterbreitete er eine Resolution, die auch einstimmige Annahme fand:

„Die am 7. Januar d. J. im Gasthaus Zum Kleinen Storchenteller in Speier tagende Konferenz des 8. Gaus des Deutschen Tabakarbeiterverbands erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie.“

Unter Punkt Verschiedenes erwähnt **Anne-Speier**, daß in kürzester Zeit in Berlin ein Kongreß der Tabakarbeiter stattfinden würde. Es sei Pflicht der einzelnen Zahlstellen, sofort Sammlungen vorzunehmen, um möglichst viele recht zahlreich dort vertreten zu sein.

Dann gibt Kollege **Krohn** einen kurzen Ueberblick über den Verlauf und das Resultat der Konferenz und betont, daß er mit dem Ergebnis vollständig zufrieden sei. Ferner spricht er nochmals den Wunsch aus, ihn tatkräftig zu unterstützen, denn nur dadurch sei es möglich, das zu erreichen, wonach das Bestreben der bis jetzt organisierten Arbeiter sich richte. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende, **Gauleiter Krohn**, um 1/6 Uhr die Konferenz.

Gaukonferenz des 14. Gaus.

Im Gewerkschaftshause tagte am 7. Januar eine Konferenz der schlesischen Tabakarbeiter. Anwesend waren 30 Vertreter aus 24 Orten. Außerdem war der Hauptvorstand vertreten durch Kollegen **Eberle-Bremen** und der Gau Schlefien durch **Clement-Breslau**. In das Bureau wurden gewählt **Keller-Görlitz**, **Wadzica-Breslau**, **Töpfer-Sahna** und **Schlagmann-Jauer**. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Reorganisation im Verbands. 2. Die drohende Tabaksteuererhöhung. 3. Die Lage der Tabakarbeiter und die Agitation für den Verband.

Ueber den ersten Gegenstand referierte **Clement-Breslau**. Er führte aus, daß in der letzten Zeit der deutsche Tabakarbeiterverband einen erfreulichen Umschwung genommen habe, innerhalb zweier Jahre ist die Mitgliedschaft um 8000 gewachsen und der Verband habe jetzt 30 000 Mitglieder, das sei gewiß ein schöner Erfolg, aber er genüge bei weitem nicht, denn die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zählten nach vielen Tausenden, es gäbe noch gar sehr viel zu tun. Die Neuverteilung des Unterstützungswezens, Arbeitslosen- und erhöhte Streikunterstützung werden sich als sehr vorteilhaft erweisen. Die Annahme, daß durch das Unterstützungswezen der Kampfescharakter der Organisation verloren gehe, sei eine durchaus irrige, nach wie vor werde der Verband für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder eintreten und den Kampf nicht scheuen. Wer die letzten Bewegungen der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beobachtet hat, wird nicht behaupten können, daß irgendwo der Kampfescharakter nachgelassen habe. Durch die höheren Unterstützungsätze bei Streiks werden die Mitglieder für die wirtschaftlichen Kämpfe gestärkt, und es werde viel eher möglich sein, als früher, die Lage der Kollegen und Kolleginnen zu heben. Freilich sei mit der Steigerung der Leistungen auch eine Erhöhung der Verbandsbeiträge verbunden. Nachdem der Referent noch darauf hingewiesen hatte, daß es dringend notwendig sei, die weiblichen Kollegen mehr als vorher zur Organisation heranzuziehen, da die weibliche Arbeitskraft in der Tabakindustrie vorherrschend sei, erörterte er die neuen Verbandsstatuten.

Eberle-Bremen gab zu dem Statut in längerer Ausführung Erläuterungen und führte insbesondere an, wie notwendig die Erstarfung der Organisation und größere Mittel bei dem jetzigen schweren Kampf um die Existenz der Kollegen seien.

Es lag hierzu folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die am 7. Januar in Breslau tagende Konferenz des 14. Gaus kann sich mit einigen Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung nicht einverstanden erklären und betont, daß es bei den jetzigen erhöhten Beiträgen den Mitgliedern sehr schwer fällt, noch einen Extrabeitrag für die lokalen Kassen zu erheben. Die Konferenz beauftragt den Vorstand, unverzüglich eine Urabstimmung vorzunehmen, daß 10 Prozent der örtlichen Einnahmen zu lokalen Zwecken am Orte belassen werden.“

Es entstand über die Leipziger Beschlüsse eine rege Diskussion, an der sich die Kollegen **Kitter-Neustadt**, **Wansch-Striegau**, **Nichter-Biegnitz**, **Langner-Sprottau**, **Camme-Brieg** und andere mehr beteiligten. Sie vertraten übereinstimmend die Ansicht, daß die jetzigen Beiträge für die schlesischen Arbeiter viel zu hoch seien, es herrsche unter den Kollegen darüber eine große Erregung, und die Gewinnung neuer Kämpfer sei dadurch zu sehr erschwert. Die weiblichen Mitglieder, die zum Teil einen äußerst kurzen Verdienst — 5 bis 6 Mk. pro Woche — haben, seien nicht in der Lage 30 bis 40 Pfg. Beitrag zu zahlen. Es sei jetzt nicht möglich, wie bei allen Gewerkschaften, einen örtlichen Fonds zu gründen. **Wansch-Striegau** beantragt, daß nicht 10 sondern 20 Prozent den Ortsverwaltungen belassen bleiben sollen. Es wurde von den Sprechern besonders beklagt, daß zwar die Arbeitslosen- und die Streikunterstützung erhöht, aber gerade das notwendigste, die Krankenunterstützung, verringert worden sei. Wirsche dürften nicht gemacht werden. Wie ein roter Faden zog sich die Klage über zu hohe Beiträge durch alle Reden, doch gab es auch Stimmen, die einhellig, daß die erhöhten Beiträge eine Notwendigkeit seien, die Mitglieder sollten nur mehr aufgeklärt werden. Der Eindruck der ganzen Debatte war indessen der, daß sich die schlesischen Delegierten in der Mehrzahl mit den gerügten Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung nicht einverstanden erklärten. **Wadzica-Breslau** beantragt die Annahme folgender Resolution:

„Die heute in Breslau tagende Gaukonferenz verpörricht sich, trotz aller Einwendungen, die einzelne Delegierte gegen die Beschlüsse der Generalversammlung ausgesprochen haben, für dieselben einzutreten und mit allen Kräften dafür zu wirken, daß dem Verbands neue Kräfte zugeführt werden.“

Eberle freut sich über den Geist, der unter den Kollegen herrscht, er zeige, daß sie bestrebt sind, den Verband vorwärts zu bringen. Was aber ihre Monotonie an den Beschlüssen anbelangt, so hätten die Redner nicht alle Gesichtspunkte in Betracht gezogen, die bei der gegenwärtigen Sachlage zu berücksichtigen seien. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen, die den Arbeitern bevorstehen, den Krisen, die uns bedrohen, sei die Stärkung der Fonds eine unabweisliche Notwendigkeit, ohne einen starken Kriegsfonds sei nichts zu erreichen. Die Kollegen sähen zu schwarz, wenn sie glauben, es könnten Mitglieder verloren gehen. Wenn es vermöge größerer Mittel möglich sein wird, eine intensivere Agitation zu entfalten, dann wird die Organisation trotz der erhöhten Beiträge sicherlich zunehmen. Die Erfahrung bei anderen Gewerkschaften lehrt, daß durch größere Beiträge kein Rückgang, sondern Fortschritte erzielt werden. Zum Aufbau des Verbandes sei die verbessernde Hand geboten worden. Das Unternehmertum wird, wenn es sieht, wie die Organisation der Tabakarbeiter mit aller Macht vorwärts schreitet, es nicht so leicht wagen, die Löhne willkürlich zu kürzen. Er ermahnt die Kollegen einig zu sein und überall für die Beschlüsse einzutreten. **Clement-Breslau** schließt sich diesem Wunsche an.

Die Abstimmung über die Resolutionen ergab, daß die erstere abgelehnt und die von **Wadzica** beantragte mit Mehrheit angenommen wurde. Damit war der erste Punkt erledigt.

Es folgte das Referat über die Gefahr, die der Tabakindustrie durch die geplante Tabaksteuererhöhung und die Zigarettenpapiersteuer droht.

Hierzu führte **Wierla-Bremen** alle die Momente an, die bei Bekämpfung der Steuer von Bedeutung sind. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die am 7. Januar in Breslau tagende Konferenz der Tabakarbeiter Schlesiens und Posen's erblüht in der Vorlage der Regierung zur weiteren, außerordentlichen Erhöhung der jetzigen Tabaksteuer eine Existenzgefahr eines bedeutenden Teiles der in dem Berufe vorhandenen kleinen Betriebe, die im Widerspruch mit der eintretenden Fürsorge für die kleinen selbstständigen Existenzen steht. Im weiteren wird die geplante Besteuerung einen erheblichen Rückgang des Tabakkonsums zur Folge haben, wodurch in den Reihen der in der Tabakindustrie Beschäftigten eine große Arbeitslosigkeit eintreten wird, die es Tausenden unmöglich macht, in dem Berufe weiter ihr Brot zu verdienen, weil diese Arbeiterkategorie in überwiegenden Fällen nicht in der Lage ist, aus Mangel an Körperkräften und oft fiesmütterlicher Behandlung durch die Natur in anderen Erwerbszweigen Beschäftigung zu finden. Die Versammlung protestiert deshalb mit allen Kräften gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer sowie gegen jede indirekte Besteuerung überhaupt.“

Es folgten hierauf Berichte der einzelnen Delegierten über die örtlichen Verhältnisse.

In Grottkau betragen die Löhne für Koller 4.25—5.75 Mk. pro Mille, Widelmacher erhalten 2.20—2.50 Mk. Der Durchschnittsverdienst für Koller schwankt zwischen 8 und 14 Mk., bei Widelmachern zwischen 6 und 10 Mk. Die Arbeitszeit ist eine 11stündige. In Brieg ist die Arbeitszeit eine 10 1/2 stündige. Kollerlöhne sind 3.75—7 Mk., letzterer Verdienst nur für schwere Fassons. Widelmacher zwischen 1.60—2.75 pro Mille. Der Durchschnittsverdienst pro Woche beträgt für einen Zigarrenmacher 7—14 Mk., Widelmacher 4—11 Mk., Zurichter 2—6 Mk. Organisiert sind 108, 84 männlich, 74 weiblich. In Rawitsch sind 5 Fabriken, Widelmacher erhalten 1.50—4 Mk., Zigarrenmacher 4.20—10 Mk. In Striegau sind ungefähr 300 Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen beschäftigt, organisiert 70 Kollegen. Löhne: Koller 3.50—6 Mk., Widelmacher 1.50—2.80 Mk. Sprottau. Widelmacher 2 Mk. aufwärts bis 3.50 Mk. pro Mille. Koller 4.50—8 Mk. Dem Verbande gehören 109 Mitglieder an.

Ein bitteres Klageklage kommt von Oberschlesien. In Oppeln sind von 2000 beschäftigten Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen leider nur 17 organisiert, die Verhältnisse liegen daher erklärlicherweise sehr schlecht. In Ohlau werden gezahlt für Zigarrenmacher 4—7.50 Mk. pro Mille, Widelmacherinnen 0.19—0.30 Mk. pro 100 Stück. Wochenverdienst für Arbeiter 6—14 Mk., Widelmacherinnen 8—12 Mk., durchschnittlich für beide Kategorien 9 Mk. Es sind in Ohlau beschäftigt 169 männliche und 1034 weibliche Arbeiter, davon sind organisiert 40 männlich und 308 weiblich. Der Verband der Sortierer hat in Ohlau 30 männliche und 59 weibliche Mitglieder. Horn-Breslau schildert die Verhältnisse dort und betont, daß sie hier nicht besser liegen als anderswo, meistens Frauenarbeit. Aus den gesamten Berichten geht mit Deutlichkeit hervor, daß in Schlesiens die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Tabakindustrie heralich schlecht liegen und durchaus verbesserungsbedürftig sind. Es haben auch mehrere Lohnbewegungen stattgefunden, die zum Teil Verbesserungen gebracht haben, aber es muß gewaltig gearbeitet werden, um einigermaßen passende Zustände herbeizuführen. Clement gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm mit Hilfe der Kollegen gelingen wird, die Lage in Schlesiens zu heben. Hierzu sei aber eine energische Mitarbeit vonnöten. Die Konferenz nahm noch eine Resolution an, in der den streikenden Kollegen und Kolleginnen in Schönlaue ihre vollste Sympathie ausgesprochen wird, und verpflichtet sich, jegliche moralisch und materiell zu unterstützen, und in einem Schlußwort ermahnte Eberle die Kollegen, den Gauleiter Clement tatkräftig zu unterstützen und unausgesetzt für den Ausbau der Organisation zu wirken.

Darauf schloß Koller, der 40 Jahre Mitglied des Verbandes ist, mit dem Wunsche, daß der Tabakarbeiterverband gedeihen und sich weiter entwickeln möge, die Konferenz.

Die Adresse Clements ist: Breslau, Leuthenstraße 43, I.

Berichte.

Baugen. Zu einem gewaltigen Protest gegen die neuen Steuerentwürfe der Reichsregierung gestaltete sich die Versammlung, welche am 13. Januar im Hotel zur Krone stattfand. Dieses größte Lokal der Stadt vermochte kaum die Massen zu fassen, welche sich Kenntnis holen wollten von dem, was ihnen an neuen Steuern aufgehaßt werden soll. Mindestens 1300 Personen lauschten in musterhafter Ruhe den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Raben, der mit großem Feuer die Zuhörer bis zum Ende seines Vortrages über die Tabaksteuer vorlage zu fesseln verstand. Stürmischer Beifall belohnte den Redner.

Der Reichstagsabgeordn. Gräfe sandte folgendes Schreiben: „Antwortlich Ihres v. Schreibens vom 7. d. M. kann ich Ihrer Einladung zum 13. d. leider keine Folge leisten, da ich morgen nach Berlin abreise zur Reichstagsitzung und an genanntem Datum noch nicht zurückgekommen bin. Ich erkläre Ihnen daher schriftlich, daß ich gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer stimmen werde.“

Schachungsvoll Heinrich Gräfe.“

Eingegangen war ferner folgende Resolution:

„Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von Steuern und Zöllen auf Tabakfabrikate. Diese Gesetzesvorlagen stehen in einem unlöslichen Widerspruch mit dem Schutze zugunsten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, der die Grundlage der deutschen Sozialreform bilden soll.“

Die geplanten Steuern und Zölle sind ruindend für die Tabakindustrie und vernichtend für die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern, die mit ihrer Familien der Not und dem Elend preisgegeben werden; sie wirken aber auch lohnridend für diejenigen, die unter den neuen, bedeutend verschlechterten Erwerbverhältnissen in der Tabakindustrie noch Beschäftigung finden; endlich werden diese Steuern und Zölle in der Hauptsache von den besitzlosen Klassen aufgebracht.

Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß derselbe die ihm vorliegenden Gesetzesentwürfe ablehnt und die für erhöhte militärische Rüstungen zu Wasser und zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen legt, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Rüstungen gemacht werden, auf die Schultern der besitzenden Klassen, durch Einführung direkter Reichsteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft.“

Als Debatteredner bemerkte Genosse Burde, daß er mit dem Reichstagsabgeordneten Gräfe vor Weihnachten gesprochen und dieser erklärt habe, daß es ihm erst nach Neujahr möglich sei, die Versammlung zu besuchen, trotz alledem sei er aber wieder nicht da. Auf die Versprechungen der Reformen dürfe man nicht zu fest vertrauen, das habe man 1893 bei der Militärvorlage gesehen. Burde erklärte sich für die Resolution und beantragte, diese auch dem Stadtrate und den Stadtverordneten zur Entschliebung zu überweisen. Da circa 200 Tabakarbeiter und 800 im graphischen Berufe Beteiligte hierorts in Frage kommen, sei es nötig, daß die Stadtverwaltung Stellung nimmt. Da von den zahlreichen Anhängern anderer Parteien niemand das Wort beehrte, schritt man zur Abstimmung, welche die einstimmige Annahme der Resolution sowie des Antrages Burde ergab.

Bischofsverda. Am 6. Januar fand in der Grüner Linde eine öffentliche Tabakarbeiter- und -Arbeiterinnen-Versammlung statt, in welcher Kollege Kiesel aus Berlin über das Thema referierte: Die Tabaksteuer und ihre Folgen. Er schilderte in 1 1/2 stündiger Rede die Wirkungen und Gefahren, welche durch die neue Tabaksteuer der Industrie drohen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Es wurde eine scharfe Protestresolution eingebracht, welche von der

Versammlung einstimmig angenommen wurde und dem Abgeordneten des Kreises, Herrn Heim. Gräfe zugestellt werden soll. Derselbe hat durch Schreiben erklärt, daß er gegen jede weitere Belastung, welche den Mittel- und Arbeiterstand betreffen, im Reichstage stimmen werde.

Bremen. (Erwiderung.) Leider bin ich gezwungen, mich noch einmal mit dem Kollegen G. Schmidt-Gastert zu beschäftigen. Wenn der Kollege Schmidt mir sachlich erwidert hätte, würde ich diese Auseinandersetzung für erledigt betrachtet haben. Ich kann mir aber die persönliche Anrempelung nicht gefallen lassen, weil ich ihn sonst in seinem Glauben bestärken würde, er hätte das Richtige getroffen. Es ist mir gar nicht eingefallen, irgend jemand seine freie Meinung zu rauben, da ich das Sprichwort unterschreibe, was du nicht willst, was man dir tut, das läßt auch keinem andern zu. Des weiteren halte ich es nicht der Mühe wert, auf sein zitiertes Sprichwort einzugehen, Eigenlob ufm., weil es auf meine Person gar keine Anwendung finden kann. Der Kollege Schmidt ist begierig zu wissen, wo ich meine Erfahrungen her habe. Das will ich ihm ganz kurz und deutlich mitteilen. Die Erfahrungen habe ich mir während der Zeit gesammelt, wo Koll. Sch. den Verband „geschwänzt“ hat, sonst müßte er wissen, daß ich als Beisitzer des Vorstandes gewählt bin. Des weiteren glaubt der Kollege Schmidt, mich mit Wortklaubereien abtun zu können. Jedenfalls habe ich seine Ausführungen richtig aufgefaßt, wäre das nicht der Fall, würde er die persönliche Anrempelung unterlassen haben. Wenn der Kollege Schmidt meint, ich präferiere ihm einen Maulkorb im Interesse des Verbandes, so irrt er ganz gewaltig. Ich bin nicht derjenige, welcher zu allem Ja und Amen sagt, es gibt aber andre Orte, wo man seine Meinung zum Ausdruck bringen kann. Wenn Meinungsverschiedenheiten über große Tagesfragen vorhanden sind, nimmt man wohl das Verbandsorgan in Anspruch, aber doch nicht solche nebensächlicher Sachen wegen. Was der Koll. Sch. mit seiner Schreiberei erreichen will, ist mir recht unverständlich. Ich werde ihm auf diesem Gebiete nicht mehr folgen, da ich für meine Zeit bessere Verwertung habe. Kollege Kaufsch hat ja in Nr. 3 vom 21. Januar darauf hingewiesen, das er in einer der nächsten Nummern eingehend die Frage der Beamtgehälter behandeln will.

Hermann Koch.

Breslau. Am 18. Januar fand eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Frau Hedwig Kiesel, Berlin, hatte das Referat übernommen, welches mit großem Beifall angenommen wurde. Als 2. Punkt wurde die Wahl der Delegierten zum Kongreß in Berlin behandelt. Beschlossen wurde, zwei Delegierte zu wählen. Gewählt wurden May Clement, Adolf Graboski.

Delitzsch. Am 20. Januar fand hier eine gutbesuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in der Kollege Geher-Leipzig über die Tabaksteuerentwürfe sprach. Eine Protestresolution wurde angenommen, sobald wurde Kollege Graupner als Delegierter zum Tabakarbeiterkongreß in Berlin gewählt.

Dresden. In Nr. 3 des Tabakarbeiters befindet sich eine Erklärung der Redaktion, die mich veranlaßt, einige Worte zu der Erledigung der Dresdner Angelegenheit zu schreiben. Um so mehr, als es sich jetzt nicht mehr „nur“ um die Person des Kollegen Uhlig handelt, sondern um die „provisorische Kommission“, da dieselbe in einer Mitgliederversammlung gewählt wurde, welche sich auch mit den Arbeiten der Kommission einverstanden erklärte, um die ganze Mitgliedschaft Dresden. Die Redaktion begründet ihre Ablehnung, „mit welcher sie sich im Einverständnis mit dem Vorstand und Ausschuss weiß“, mit der „Zwecklosigkeit der Diskussion vor der gerichtlichen Entscheidung“ und der „unberechenbaren Schädigung von Verbandsinteressen“. Diese Begründung macht fast den Eindruck, als wären in dem Artikel der Kommission „Euthüllungen“ verzeichnet, nach deren Bekanntwerden die Mitglieder dem Verbandsleiter den Rücken kehren! Tatsächlich ist auch bei einem Teile der Dresdner Mitglieder diese Meinung vorhanden, während bei einem anderen größeren Teile die Meinung vorherrscht, daß die Diktatur des Vorstandes und Ausschusses auch auf die Redaktion übergegangen sei. Diese Meinung gewinnt nach der Erklärung um so mehr an Wahrscheinlichkeit, wenn man bedenkt, daß der Bericht der letzten Dresdner Mitgliederversammlung, welche am 5. Januar stattfand, trotzdem er sofort an die Redaktion abgesandt wurde, bis heute im Tabakarbeiter noch nicht erschienen ist! Warum brachte der Tabakarbeiter den Bericht nicht? Will man die in der Versammlung konstatierten Tatsachen auch „wegen Schädigung von Verbandsinteressen“ verschweigen? Wenn es schon soweit gekommen ist, daß die Konstatierung von — allerdings einigen Personen recht unangenehmen Tatsachen — schon zur Verbandschädigung führen sollen, wenn es schon soweit gekommen ist, daß die Mitglieder wie rechtgläubige Christen vor seiner Heiligkeit dem Papste sich ins Knie werfen und in Ehrfurcht den Mund halten sollen, dann zum Teufel mit dem Verbands! Dann ist er nicht mehr das, was der Verband sein soll! Dann wären die Mitglieder nur noch eine willenlose Sammelherde, die dem Vord., welchen sie sich zum Gärtner gesetzt haben, nachlaufen sollen! Nun gemacht! Soweit sind wir noch nicht! Noch ist der Deutsche Tabakarbeiterverband ein demokratisches Institut, wenn es auch die letzte Zeit nicht mehr danach aussieht. Noch leidet das Verbandsinteresse nicht, wenn einige Leute, die unsern Verbande den demokratischen Charakter nehmen wollen, beseitigt werden.

Genau in derselben Art, wie mit dem Versammlungsbericht, übt man die Taktik mit dem Artikel der „provisorischen Kommission“. Man vergleiche nur: Der „Vorstand im Einverständnis mit dem Ausschuss“ erläßt in Nr. 2 des Tabakarbeiters eine Bekanntmachung, die sich mit dem Kollegen Uhlig und der provisorischen Kommission beschäftigt. In der Bekanntmachung werden 1. unwahre Behauptungen aufgestellt. 2. Tatsachen entstellend wiedergegeben. 3. Zur Beurteilung wichtige Tatsachen weggelassen und 4. findet es der Vorstand für gut — auch im Einverständnis des Ausschusses? — einen Beschluß der Mitgliederversammlung einfach zu negieren!

Die provisorische Kommission, also die provisorische Verwaltungskörperschaft für Dresden, hält es für ihr gutes Recht und ihre Pflicht, auf Grund von Tatsachenmaterial in der sachlichsten Weise obige vier Punkte zu widerlegen und richtig zu stellen, und wird wegen „unberechenbarer Schädigung von Verbandsinteressen“ abgewiesen und zum Maulhalten kommandiert! Das ist ein solch eigenartiger Vorgang, eine solche Vergewaltigung einer großen und bedeutenden Zahlstelle, wie wir sie bis jetzt wenigstens meines Wissens, im Tabakarbeiter noch nicht beobachtet haben! Ich meine die gezeichnete Taktik ist die unangenehmste und dem Verbandsgefährlichste. Tatsachen, selbst unangenehme, wirken nicht schädigend, wenigstens für den Verband nicht, sondern auflärend! Darum heraus mit dem Flederwisch!

Paul Kurz.

(Zum Beweise, daß der Vorwurf der Diktatur gegen die Redaktion unberechtigt ist, mag der Ausdruck vorstehender Neuzerungen dienen. Festgestellt sei aber, daß die Bekanntmachung des Vorstandes auf ein von Dresden ausgehendes Flugblatt erfolgt ist, das die Verfasser der Redaktion des Tabakarbeiters nicht zum kommen ließen. Hier ist kein Bericht, außer dem in letzter Nummer befindlichen, eingegangen. Also auch der Vorwurf ist unberechtigt. Redaktion des Tabakarbeiters.)

Frankfurt a. D. Am 14. Januar tagte im Eldorado eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuerentwürfe. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Brief des zur Versammlung eingeladenen, aber nicht erschienenen Reichstagsabgeordneten unseres Kreises, Herrn Wassermann. Der Brief lautet folgendermaßen:

Berlin, 10. Januar 1908.

Sehr geehrter Herr!

In Erwiderung Ihrer geehrten Zuschrift vom 9. Januar teile ich Ihnen mit, daß ich verhinbert bin, Ihrer Versammlung anzutreten und daß ich gegen die Tabaksteuerentwürfe der verbündeten Regierungen stimmen werde.

Hochachtungsvoll

Wassermann, Mitglied des Reichstages.

Hierauf erhielt der Referent, M. Kiesel-Berlin, zu seinem ausführlichen Vortrag das Wort. Zum Schluß forderte Redner alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf, sich der Tabakarbeiterorganisation anzuschließen und ernete lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen drei Redner im Sinne des Referenten; eine Resolution, die wie folgt lautete, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: Die am 14. Januar im Lokal Eldorado in Frankfurt a. D. tagende, von 300 Tabakarbeitern, Arbeiterinnen und Interessenten besuchte Versammlung protestiert auf das allerentschiedenste gegen die von der Reichsregierung geplante Tabaksteuer, sowie überhaupt gegen jede weitere Belastung der Tabakindustrie, welche die Produktion, den Handel und den Konsum an Tabakfabrikaten einschränkt, die Herabminderung der Löhne begünstigt und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen und den Ruin unzähliger Existenzen des Handels und Gewerbes zur Folge hat. Die Versammlung verlangt entschieden von der Reichsregierung, die Vorlage so schnell als möglich zurückzuziehen, und ersucht die Abgeordneten des Deutschen Reichstages, gleichviel welcher Partei dieselben angehören, insbesondere aber den Abgeordneten des Kreises Frankfurt a. D. Lebus, Herrn Wassermann, gegen jede Besteuerung des Tabaks zu stimmen. Als Delegierter zum Kongreß der Tabakarbeiter wurde Kollege Karl Streich gewählt.

Frohburg. Am 20. Januar fand hier im Saale des Gasthauses zur grünen Aue eine öffentliche Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer statt. Das Referat hatte an Stelle des Zigarrenfabrikanten R. Schulze-Leipzig der Abgeordnete des 14. Wahlkreises Genosse Schöpflin übernommen. Er schilderte in seiner 1 1/2 stündigen Rede, wie der Tabak seit einer langen Reihe von Jahren mit Zöllen und Steuern belastet worden ist und wies nach, daß die Lage der Tabakarbeiter und kleinen Fabrikanten keine beneidenswerte ist. Auch die geplante Paket-, Fahrkarten- und Quittungssteuer werde speziell die kleinen Zigarrenfabrikanten sehr schwer belasten. In der Diskussion sprach R. Gaugl gleichfalls im Sinne des Referenten. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Gera. Am 18. Januar tagte im Gasthaus zum Martinsgrund hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung, um Stellung zu dem am 29. Januar in Berlin stattfindenden Tabakarbeiterkongreß zu nehmen. Nachdem der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle, Kollege Kitzing, die Stellung der Tabakarbeiter zu den neuen Tabaksteuerentwürfen klargestellt hatte, empfahl derselbe die Beschickung des Kongresses durch einen Delegierten. Kollege Joseph gab eine kurze Uebersicht über die im hiesigen Bezirk bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter. Hierauf unterzog Kollege Hartmann die Sozialpolitik der Reichsregierung einer scharfen Kritik. Alsdann ging man zur Wahl eines Delegierten über und wurde Kollege Kitzing einstimmig dazu gewählt; in seinem Schlußwort forderte derselbe noch alle dem Verband Fernstehenden auf, demselben beizutreten.

Groß-Steinheim. Die Tabakarbeiter von Groß- und Klein-Steinheim und Klein-Auheim tagten am Sonntag nachmittag in der Wirtschaft zur Gustabsburg in Groß-Steinheim, um Stellung zu nehmen zu dem am 29. Januar zu Berlin stattfindenden Kongreß der Tabakarbeiter. Kollege Holzberber von Groß-Steinheim legte in einem kurzem Referat klar und deutlich auseinander, daß es notwendig sei, diesen Kongreß von den Mainorten, wozu noch Dietesheim und Mühlheim gehört, mit einem Delegierten zu beschicken. In der sich anschließenden Diskussion äußerten sich die Kollegen Daus, Guntel und Sallweh in ähnlichem Sinne. Die Beschickung des Kongresses wurde einstimmig beschlossen. Bei der sojehlig vorgenommenen Delegiertenwahl wurde Kollege Valentin Jos. Gaizinger-Klein-Auheim einstimmig gewählt. Wegen Redung der entstehenden Unkosten wurde von jeder Fabrik ein Kollege bestimmt, welcher eine Sammelliste zirkulieren lassen soll; ferner wurde Kollege Daus bestimmt, den Kollegen von Dietesheim und Mühlheim, welche nicht vertreten waren, hiervon Kenntnis zu geben. Alles gesammelte Geld soll bis zum 28. d. M. an Kollegen Holzberber abgeliefert werden. Bis Sonntag nachmittag findet eine Versammlung von Vertretern der einzelnen Orte bei Mich. Bergmann in Klein-Auheim statt.

Hanau. Auch hier hat die Protestbewegung gegen die Tabaksteuer kräftig eingesetzt, die Versammlungen waren meist sehr gut besucht, die Resolutionen wurden überall einstimmig angenommen, welche sich energisch gegen die Tabaksteuer, sowie überhaupt gegen das ganze indirekte Steuersystem erklärten. Bis jetzt fanden Versammlungen statt in Groß- und Klein-Steinheim, Referent Dr. David, in Klein-Auheim, Referent Kollege Herrmann. Für Hainstadt und Dietesheim hatte Kollege Schnell das Referat übernommen, ebenso in Wieblich a. Rh.

Hanau. Am 20. Januar fand im Lokal der Stadt Frankfurt eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt; zu derselben waren auch Holzarbeiter und Lithographen eingeladen und erschienen. Das Referat hatte Koll. Gräber-Hanau übernommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Tabakarbeiterkongreß in Berlin und seine Bedeutung; 2. Wahl eines Delegierten zu demselben. Gräber hob hervor, daß der Kongreß gegen die geplante Tabaksteuer gerichtet sei und betonte, daß, wenn die Steuer zur Annahme gelange, viele Tausende von Zigarren- und Tabakarbeitern, Formen- und Rüstschneidern und graphischen Arbeitern brotlos werden. Auch kritisierte derselbe, daß von den in Hanau circa 700 Arbeitern, die in der Tabakbranche beschäftigt würden, nur 75 davon der Organisation angehörten, und ermahnte die Anwesenden, die noch nicht dem Verband angehörten, demselben beizutreten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde Kollege Gräber einstimmig zum Delegierten gewählt.

Köln. Eine Volksversammlung für Neuwied und Umgegend war in dem anderthalb Stunden entfernt liegenden Leutesdorf angelegt worden. Aber die Rechnung war ohne den Wirt und die Polizei gemacht. Von seiten der Neuwieder Behörde war verboten, die Plakate an die Plakatwände anzukleben, trotzdem dafür bezahlt war an den betreffenden Buchdruckereibesitzer. Einzelne waren angefaßt, wurden aber sofort von der Polizei heruntergerissen. Beschwerde wird erhoben gegen das ungeschickliche Vorgehen der untern Behörde. In dem Versammlungslokal angekommen, die trotz miserablen Wetters zahlreich besucht war, erwartete uns eine weitere Enttäuschung. Der Wirt duldete nicht, daß die Versammlung statfinde. Einmütig verließen die zahlreich Zugeföhrten das Lokal, demontrativ auf das nächste Dorf marschierend. Hier wurde alles nachgeholt. Klein behandelte die Tabaksteuerentwürfe, Schiller den Gedenktag des 21. Januar. Der Gumor kam nachher auch auf seine Rechnung, trotz der eingetretenen Witterung. Leutesdorf und Neuwied sind mal wieder gezerrt worden.

Kreitsa. Zum Streit der Martinschen Tabakarbeiter haben wir folgendes zu berichten: Nachdem die Verhandlung unsererseits mit Herrn Martin zu keinem Ergebnis geführt hat, haben am 17. d. Mts. neue Verhandlungen stattgefunden. Dazu war von der Verbandsleitung Kollege Eberle erschienen. Der Erfolg dieser Verhandlung war für uns momentan annehmbar. Herr Martin bewilligte unsere sämtlichen Forderungen mit einer Ausnahme, er wollte erst noch einmal mit seiner Ehefrau kalkulieren und mit seinem Vertreter, der ihm Zigarren liefert, Rücksprache

nehmen, da er mit ihm, wie er spricht, 800 000 Stück abgeschlossen hätte. Es sollte in den nächsten Tagen ein Kollege aus unserer Kommission zu ihm kommen, damit er ihm mitteile, wieviel er vorläufig einstellen könnte. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde Kollege Ranbach am 19. d. Mts. vorstellig. Herr M. erklärte zumvornehm, daß er nur vier Mann vorläufig einstellen könnte. Auf die weitere von uns gestellten Forderungen ließ sich Herr M. gar nicht ein. Aus diesem Verhalten haben wir den Entschluß gezogen, daß es mit dem Versprechen dem Kollegen Eberle gegenüber nur Phrasen war. Trotz dieses Gebarens haben wir jedoch noch einmal den Versuch gemacht, bei M. vorzusprechen. Wir erklärten, daß wir darauf nicht eingehen könnten, nur vier Mann einzustellen. Hierauf ließ er sich herbei, anstatt vier sieben einzustellen. Unsere weiteren Forderungen lehnte er wiederum rundweg ab. Daß er Kollegen Eberle gegenüber erklärt hätte, er wolle unsre sämtlichen Forderungen bewilligen, bestritt er; er wollte überhaupt nichts zugeben haben. Aus all diesem ist zu ersehen, daß unser Kampf vor wie nach fort dauert.

Lufentwale. Am 10. Januar fand hier im Lokale von D. Schirou eine Protestversammlung gegen das geplante Attentat auf die Tabakindustrie statt. Das Referat hatte Kollege Max Kiesel-Berlin übernommen. Redner vertrat es in vorzüglicher Weise, in einstündigem Vortrag die bisherige Tabaksteuerpolitik der Regierung zu erläutern und die Folgen der neuen Tabaksteuer den Anwesenden vor Augen zu führen. In der Diskussion beteiligte sich der von der Kommission eingeladenen konterbative Reichstagsabgeordnete, der Vertreter uneres Wahlkreises, H. v. Derzen. Er führte an, daß er es nötig gehalten habe, sich in der Sache zu informieren und erklärte, daß er für eine Inlandsteuer nicht zu haben sei, jedoch für hohen Zoll auf Importen. Auch wäre er für Zoll auf bessere Tabake, wie Habanna, denn diese werden ja meist von bessergestellten Leuten geraucht, diese könnten auch mehr bezahlen. Doch halte er es nicht für notwendig, eine blühende Industrie durch hohe Zölle zu schädigen. Auch werde er für eine Erbschaftsteuer eintreten. Kollege Kiesel erwiderte ihm, daß es sich nicht nur um die Inlandsteuer handle, sondern um den Zoll auf ausländischen Tabak, dieser ist bei der Zigarettenfabrikation unentbehrlich. Herr v. Derzen erhielt abermals das Wort, als ihm aber Kiesel erwidern wollte, mußte der gnädige Habannaherr mit dem Zuge fort und verschwand, obgleich er mit keinem anderen Zug fuhr und auch nicht fahren konnte, als der Referent Kiesel. Zum Schluß gelangte eine von dem Bureau vorgelegene Protestresolution zur einstimmigen Annahme.

Merseburg a. S. Am 10. Januar fand in der Junkenburg eine leiblich besuchte Volksversammlung statt. Eingeleitet war dieselbe durch die Kommission der Tabakarbeiter betreffs der in Aussicht stehenden Steuerentwürfe der Regierung. Das Referat hierzu hatte Zigarettenfabrikant Genosse Kautz-Gilenburg. — Bevor dem Redner das Wort erteilt wurde, verlas der Vorsitzende einen Brief des Herrn Reichstagsabgeordneten Winkler. Der Herr war von der betreffenden Kommission schriftlich eingeladen, Herr Winkler sagte sein persönliches Erscheinen zu der Versammlung ab; denn der Herr meint, eine so wichtige Steuerentwurf sei nicht danach angehen, in einer öffentlichen Volksversammlung erörtert zu werden. Die Absage des Herrn Winkler wurde von seiten der Versammlung mit Bedauern entgegengenommen. Genosse Reichstagskandidat Kautz hielt einen Vortrag, welcher von guter Sachkenntnis zeigte. Die Anwesenden brachten dem Redner regen Beifall entgegen. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Mühlhausen i. Th. Am 17. Januar fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die geplante Tabaksteuer; 2. Stellungnahme zum Kongress. Kollege Otto Broesch hatte das Referat übernommen, er führte den Anwesenden vor Augen, was die Tabaksteuer von 1879 für die Arbeiter zur Folge hatte und wie die geplante Steuer schädigend wirken würde. Sodann ging er zur Stellungnahme zum Kongress über und empfahl die Besichtigung desselben. In der Diskussion schlossen sich die Kollegen den Ausführungen des Referenten an und wählten den Kollegen Otto Broesch einstimmig als Delegierten.

Pfungstadt. Am 14. Januar fand im Lokal des Herrn Adam Oberhaus eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Aus der Abrechnung ging hervor, daß die Mitgliederzahl auf 105 herangewachsen ist. Die Einnahme der Lokalkasse ist 57.15 die Ausgabe 28.80, bleibt ein Kassenbestand von 28.35 M. Die neuen Statutenänderungen brachte Kollege Anab zur Sprache. Dann brachte der Vorsitzende die so kurz einberufene Tabakarbeiterkonferenz zur Sprache. Die Kommission hatte folgende Sammellisten ausgegeben und war so schon für Delegation eine Summe von nahezu 50 M. vorhanden. Die Sammlung soll weiter vorgenommen und der noch fehlende Betrag aus der Lokalkasse draufgelegt werden. Als Delegierter wurde Kollege Kaab mit Stimmenmehrheit gewählt. Er soll außer Pfungstadt noch die Orte Eberstadt, Birkenbach, Griesheim und Darmstadt mit vertreten.

Reilingen. Eine Protestversammlung fand am 13. Januar im Lokale des Gastwirts H. Schmidt (Zentralkasse), Bierberg, statt. Tagesordnung war: Die geplante Tabaksteuer. Hierüber referierte der Kollege Supper, Hamburg, welcher die Schädigung, die eine derartige Mehrbelastung für die Tabakindustrie mit sich bringen würde, darlegte und folgende Resolution empfahl: Die heutige öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie. Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Alsdann wurden die Kollegen A. Borhers, Schaden, Schlichter und Wegner gewählt und beauftragt, die Organisation der Protestbewegung zu leiten und die Kandidatenfrage zum Kongress mit den Kollegen von Uetersen zu regeln.

Salzflus. In der Generalversammlung vom 14. Januar 1906 gab der Kassierer einen ausführlichen Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Bei den in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten wurden gewählt: Simon Koppfiker als 1., Th. Paul als 2., Simon Strunk als 3. Bevollmächtigter. Bei der Wahl eines Delegierten zur Konferenz wurde gewählt Kollege Th. Kauf. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Versammlung war schlecht besucht, mögen die Mitglieder hier künftig eine Wendung zum Besseren eintreten lassen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr statt.

Seiffenhersdorf. Eine Mitgliederversammlung tagte am 6. Januar im Gambrius. Leider waren von 47 Mitgliedern bloß 15 anwesend. Die von den Kontrollleuren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung vom 4. Quartal 1905 wurde zunächst vom Vertrauensmann E. Haftmann vorgetragen. Die Mitgliederzahl ist um etwas zurückgegangen, da die Neugewählten Kollegen selbst eine Zahlstelle gegründet haben. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erbat Kollege G. Wenzel, worin derselbe hervorhebt, daß die Zahl der organisierten Mitglieder in keinem Verhältnis zu der Abonnentenzahl der Arbeiterpresse stehe. Eine Aussprache entpinnst sich über die Protestbewegung gegen die Tabaksteuer. Da die Lokalfrage von seiten des Kartells eine Regelung erfahren hat, soll in nächster Zeit eine Versammlung stattfinden. Bei der nun folgenden Neuwahl der Ortsverwaltung erklärt der bisherige Vertrauensmann Emil Haftmann, eine Wiederwahl auf jeden Fall abzulehnen. Als Vertrauensmann wurde nach diesem der bisherige Schriftführer Hermann Nitzsch gewählt. Als zweiter Bevollmächtigter wiederum Reinhardt Seifert und als dritter Bevollmächtigter Fr. Herrn. Michel. Zu Kontrollleuren wurden E. Deutscher, E. Röhig und Richard Jentsch gewählt. Zu Kartelldelegierten Gustav Wenzel und S.

Herrn Michel. Die Mitglieder werden noch aufgefordert, den neuen Vertrauensmann in seiner Arbeit nach Kräften zu unterstützen, was am besten durch pünktliche Beitragsleistung und besseren Besuch der Versammlungen geschehen kann.

Schiffbeck. Am 15. Januar tagte im Lokale des Herrn Witte eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung. Erster Punkt der Tagesordnung: Antrag der Protestkommission, Schröder zu veranlassen, aus der Kommission zu scheiden, wurde ohne Debatte angenommen. Der Kassierer H. Widetz legte dann die Abrechnung vor, dieselbe wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Dritter Punkt lautete: beschließen wir den Tabakarbeiterkongress zu Berlin? Der Vorsitzende Godtnecht empfahl nach längerer Ausführungen die Besichtigung des Kongresses. Nach längerer Debatte wurde die Besichtigung beschlossen. Ein Antrag Premüllers, 10 M. Diäten erklüßte Jahrgeld 3. Klasse zu zahlen, wurde ebenfalls angenommen. Darauf wurde der Kollege Godtnecht als Delegierter gewählt.

Schwesingen. Am 14. Januar nachmittags fand im Saale zum Waldhorn eine Protestversammlung gegen die geplante Tabakfabriksteuer statt. Der Vorsitzende, Jakob Eichhorn, eröffnete um 3 Uhr die gutbesuchte Versammlung, an welcher nicht nur Tabakarbeiter, sondern auch Fabrikanten und Konsumenten teilnahmen und erteilte dem Referenten, Gauleiter Krohn aus Speier, das Wort, welcher in nahezu zweistündiger Rede die Schäden, die die Tabaksteuerentwürfe nicht allein unter den Tabakarbeitern, sondern auch unter den Kleineren und mittleren Fabrikanten mit sich bringt, beleuchtete. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Meier-Speier, Karl Duffel und Steller-Schwesingen und Knopf-Ostersheim, die sich alle gegen die Fabriksteuer aussprachen. Als Delegierter zu dem am 20. d. M. in Berlin stattfindenden Tabakarbeiterkongress wurde Herr Gemeinderat Krenn gewählt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme. „Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie. Die Tabakarbeiter gehören nach amtlichen Feststellungen zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern Deutschlands, ihr Verdienst ist weit geringer als der Arbeiter anderer Gewerbe. Durch die am 1. März d. J. in Kraft tretenden höheren Zölle auf die notwendigen Lebensmittel werden die Tabakarbeiter mit am schwersten betroffen. Eine Mehrbelastung des Tabaks in irgend einer Form würde bedeuten, daß die geringen Löhne der Tabakarbeiter noch mehr reduziert würden, und zwar, weil eine solche Mehrbelastung erfahrungsgemäß einen Konsumrückgang und die Entlassung vieler Arbeiter bewirken und infolge des Mehrangebots von Arbeitskräften die Löhne naturgemäß gedrückt werden. Die Tabakarbeiter würden mithin einmal als Konsumenten, das andre Mal als Produzenten schwer belastet werden. Nach den gegebenen Versicherungen der Reichsregierung und aller politischen Parteien sollen aber in Zukunft die schwächeren Schultern des Volkes nicht mehr belastet werden. Die Mehrbelastung des Tabaks würde das Gegenteil aller gemachten Zusicherungen bedeuten. Die Versammlung fordert deshalb die gesamte Bevölkerung Deutschlands auf, sich ihrem Protest anzuschließen gegen die, die 180 000 Tabakarbeiter Deutschlands und ihre Familien in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer bedrohenden Pläne der Reichsregierung auf eine weitere Mehrbelastung des Tabaks durch erhöhte Zölle und Steuern und ersucht den deutschen Reichstag, eine diesbezügliche Vorlage des Bundesrats ohne weiteres abzulehnen.“

Stolz in Pomern. Am 5. Januar fand im Gewerkschaftshaus Kob. Sella eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die drohende Tabaksteuererhöhung und die soziale Lage der Tabakarbeiter. Referent: Kollege Franz Schmidt-Berlin. 2. Diskussion. Der Referent legte in seinem 2 1/2 stündigen Vortrage dar, wie der Tabak seit 40 Jahren herhalten mußte, um der Regierung Mittel zum Verpulvern für den blutigen Militarismus und Marinismus und für des Deutschen Reiches Patentsparbüchse: Afrika, in die Hände zu spielen. Er legte ferner an der Hand von Statistiken klar, wie die Tabakarbeiter unter der fortwährenden Mehrbelastung des Tabaks wirtschaftlich ruiniert worden wären, und welche Wirkung eine abermalige Erhöhung der Tabaksteuer im Gefolge haben würde. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Eine scharf gefasste Resolution fand hierauf einstimmige Annahme. Als Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuererhöhung wurde die seinerzeit in einer Mitgliederversammlung gewählte Kommission wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband schloß Kollege Nordbruch die Versammlung.

Strehla. Am 13. d. M. fand hier in der Restauration Goldne Höhe eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher sich der Referent mit den bolscheistischen Steuerplänen der Regierung beschäftigte. Er führte in kurzen, markigen Worten der Versammlung vor Augen, welches Elend und welche Not über die Tabakarbeiter hereinbrechen wird, wenn die neue Tabaksteuerentwurf Gesetz werden sollte. Alle Arbeiter hätten ein Interesse daran, daß die Vorlage zu Fall gebracht würde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erkennt in der geplanten Mehrbelastung des Tabaks eine Maßnahme, die geeignet ist, Tausende von Arbeitern brotlos zu machen und viele andre Existenzen zugrunde zu richten. Zugleich würden dadurch die Gemeinden schwer belastet, indem die Armenunterstützung ins Ungemessene sich steigern müßte. In Erwägung, daß die Mehrbelastung des Tabaks außer der Brotlosigkeit Tausender Existenzen die Heimarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitelöhne begünstigt, und somit Not und Elend zur Folge hat, ersucht die Versammlung die Reichstagsabgeordneten, insbesondere den Abgeordneten des Kreises, Herrn Lipinski, gegen jede Mehrbelastung des Tabaks zu stimmen. Die Versammlung betrachtet diejenigen Abgeordneten, welche für Mehrbelastung des Tabaks sind, als Verräter an den Interessen des Volkes.“

Süblengern. Die dritte Protestversammlung am 18. Januar war von 400 Personen besucht, darunter 40 bis 50 Frauen und Mädchen. Die Ausführungen des Kollegen Antrick wurden mit großem Beifall aufgenommen. Redner behandelte die neuen Steuerentwürfe, besonders die Tabaksteuer. Zum 2. Punkt wurde die Delegiertenwahl zum Berliner Kongress vorgenommen und Kollege Bartling zum Delegierten gewählt.

Trebbin. Am 6. Januar tagte im Gesellschaftshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbands mit folgender Tagesordnung: 1. Kenntnisnahme der Posteingänge; 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Kasse; 3. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollleure; 4. Bericht von der Konferenz Berlin; 5. Gewerkschaftliches; 6. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab der erste Bevollmächtigte ein Schreiben der Dresdner Kommission (betreffs des Kollegen Uhlig) bekannt, welches auch in der Versammlung verlesen wurde. Stellung konnte dazu nicht genommen werden, weil noch kein Gegenbeweis vom Hauptvorstand vorhanden war. Ferner wurde eine Karte von Schönlanke verlesen; zu dieser Angelegenheit wurde beschlossen, Sammellisten herauszugeben. Als neues Mitglied meldet sich Emma Koppe aus Trebbin. Bei der Wahl der Bevollmächtigten und dreier Kontrollleure wurden folgende Kollegen gewählt: erster Bevollmächtigter Otto Jekeln; zweiter Bevollmächtigter Hermann Ebel; dritter Bevollmächtigter Alexander Berner; wiedergewählt als Kontrollleure wurden Frau Anna Jänike, Frau Schumann und Wilhelm Winter. Zum Bericht von der Konferenz Berlin erhielten die beiden Delegierten, Otto Jekeln und Alexander Berner das Wort. Kollege Jekeln erstattete einen ausführlichen Bericht über Agitation und Reorganisation, Kollege Berner sprach eingehend die Tabaksteuerentwürfe, wofür den Delegierten

Beifall gesendet wurde. Unter Gewerkschaftlichem wurde noch beschlossen, zwei Fabrikassierer zu wählen; vorgeschlagen und gewählt wurden von der Schurigischen Fabrik Richard R o p p e, von der Wächterschen Fabrik Minna W a l t e r. Ferner stellte Kollege Kollmann noch folgenden Antrag, die Mitgliederversammlung jeden zweiten Sonntag im Monat abzuhalten; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenes sprach Kollege Werner den Dank aus für die Pflichttreue unserer beiden ausgeschiedenen Bevollmächtigten, die zwei Jahre lang sich tatkräftig dem Verbands gewidmet hatten, und forderte die Mitglieder auf, sich von den Plätzen zu erheben und den beiden die Ehre als brave Kollegen zu erweisen. Die Kollegen Kuske und Koch dankten und versprachen, auch fernerhin als treue Mitglieder dem Verbands zur Seite zu stehen.

Kollegen und Kolleginnen, besucht eure Versammlungen, lest den Tabakarbeiter und agitiert für unsern Verband; dieses erachtet als eure Pflicht im neuen Jahre!

Velten. Die am 9. d. M. in Grunow's Hotel in Velten abgehaltene Protestversammlung gegen die Steuerentwürfe im Reichstage war von über 400 Personen besucht. In zirkel anberthaltstündiger Rede geißelte Kollege K i e s e l - Berlin das dem Reichstage vorgelegte Steuerbulet. Besonders ging er der Tabaksteuer zu Leibe. Mit einem Appell an die Versammelten, fort und fort gegen die geplanten Vorlagen zu protestieren, schloß Redner unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag. In der Diskussion sprach zunächst Genosse Paris, der sich lebhaft gegen die geplante Biersteuer wendete und empfahl, bei der nächsten Reichstagswahl den jetzigen Vertreter, Herrn Tischlermeister Pauli, aus dem Reichstage hinauszuwählen. Hierauf sprach Genosse Hille, der bekannt gab, daß Herr Tischlermeister Pauli zu dieser Versammlung per eingeschriebenen Briefes eingeladen sei, um seine Ansichten über die Steuerentwürfe zu bekanntzugeben. Nicht einmal geantwortet habe der höfliche Mann auf den Brief. Nun, keine Antwort ist auch eine, Herr Pauli wird jedenfalls freudig für die Steuerentwürfe stimmen. Es wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Wlotho. Gegen die Tabaksteuer fand in Wlotho im Kaiserfaal am 6. Januar eine von zirka 500 Personen besuchte Protestversammlung statt. Stadtverordneter Antrick aus Berlin erläuterte in eingehender Weise den Steuerplan betreffs des Tabaks und des Zigarettenpapiers; seine Ausführungen riefen stürmischen Beifall hervor. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heute, am 6. Januar, im Kaiserfaal tagende Protestversammlung erklärt sich ganz entschieden gegen die Steuerentwürfe der Regierung; sie erblickt hierin eine ungeheure Schädigung der gesamten Tabakindustrie, worunter hauptsächlich die jetzt schon sehr schlecht gestellten Tabakarbeiter am meisten zu leiden hätten; sie fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften in den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks mit einzutreten.“

Wanssen. Am 3. Januar fand im Lokal des Herrn August Schubert, Reijer Straße, eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zu dem am 7. Januar in Breslau stattfindenden Gaukongress; 2. Wahl der drei Bevollmächtigten und Kontrollleure. Zu Punkt 1 wurde Kollege B. Glowalla als Delegierter gewählt. Da die Zahlstelle bereits auf dem Wege war, wieder einzuschlafen, und es nicht möglich war, ein Lokal aufzuzureiben, wurden die Bevollmächtigten nur von den Mitgliedern bestimmt. Es wurden zu Punkt 2 gewählt: E. Böhm als 1., B. Glowalla als 2. und H. Kühnel als 3. Bevollmächtigter. Kontrollleure sind: B. Ulrich, F. Melde und Paul Dufsch. Kollege Böhm forderte die Mitglieder auf, den Gauwit nach Kräften zu unterstützen, um nur ein Lokal zu behalten. Zum Schluß wurde noch den Mitgliedern vom Kollegen Glowalla der Wunsch aus Herz gelegt, für den Verband zu agitieren und neue Mitglieder zu erwerben, die dem Verbands treu bleiben. Wenn dieses der Fall sein wird, werden viele Mißstände in Wanssen beseitigt werden.

Weißenfels. Am 14. d. M. fand im Restaurant Stadt Raumburg eine öffentliche Protestversammlung mit folgender Tagesordnung: Die Finanzreform und die Tabaksteuer. Als Referent war Zigarettenfabrikant B. Apel aus Ulrich erschienen. Derselbe setzte den Versammelten in treffender Weise auseinander, welche Folgen die Tabaksteuer haben werde. Der starke Beifall am Schluß der trefflichen Ausführungen bewies, wie sehr der Redner den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Protestresolution wurde von der gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen.

Wiesloch. Am 14. Januar fand in der Brauerei Befejer unsere Mitgliederversammlung statt. Zur Tagesordnung kam: Berichterstattung von der Gaukonferenz. Aufgenommen wurden drei neue Mitglieder, Rosina Hebel aus Milingen, Adam Zirkel aus Wiesloch, Jakob Münch aus Baiertal. Neugewählt wurden Rosina Hebel, 2. Kontrollleurin, Adam Zirkel, 3. Kontrollleure, und Heinrich Abrecht als Schriftführer. Genosse Georg Besch, 1. Bevollmächtigter, schloß die Versammlung mit der Aufforderung, daß sich die Kollegen in der nächsten Versammlung zahlreich einfinden mögen.

Wolgan. Am 8. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die neuen Steuerpläne der Regierung. Hierzu ergriff der Referent Franz Schmidt-Berlin das Wort und kritisierte in scharfen Ausführungen die neuen Steuern unter besonderer Berücksichtigung der Tabaksteuer sowie der Zigarettenpapiersteuer. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, ein jeder möge sich seiner Berufsgenossenschaft anschließen, jeder solle dies beherzigen, alle mühten Organisator und Agitator sein, nur dann könnte es besser werden, schloß Redner seinen Vortrag. Reicher Applaus wurde dem Referenten zuteil. Eine Protestresolution, die an den Abgeordneten uneres Kreises, Herrn Gotheim, gefandt wurde, fand einstimmige Annahme. Die Antwort uneres Abgeordneten für diesen Wahlkreis, Kreiswahl-Grimmen, haben wir heute erhalten. Herr Gotheim und seine Freunde nehmen eine ablehnende Haltung gegen die Vorlage ein. Hoffentlich lehnt der Reichstag die Tabaksteuerentwürfe ab, so schrieb er uns.

Quittung.

Zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuerung gingen in der Zeit vom 16. bis 22. Januar beim Unterzeichneten ein:

Jauer i. Schl., durch G. Schneider	10.— M.
Salzflus, durch Th. Pand	20.— "
Bernburg, durch R. Strobel	10.— "
Dresden, durch W. Viech	30.— "
Nendeburg, durch W. Stude	7.30 "
Brotterode, durch G. Müller	3.20 "
Groß-Steinheim, durch A. Winter	10.— "
Yschoe, durch A. Ried	9.— "
Neu-Ruppin, durch H. Töpfe	15.— "
Rehme, durch A. Albertsmeyer	30.— "
Jungenheim (Pfalz), durch A. Kieder	8.12 "
Leimen i. Baden, durch W. Arnold	20.— "
Scheßel b. Bremen, durch W. Hoffmann	2.50 "
Berlin, Fabrik Herfstoll	4.40 "
" Fabrik Phänomen	12.10 "
" Liste Nr. 16	16.15 "
" Zellersammlung in Dräje's Feisjalen	27.60 "
Summa	230.97 M.
Bereits quittiert	3846.31 "
Summa	4076.68 M.